

J. Can. P.

642. *k*

J. can. P. 642 R

Meidinger

2307/07

J. can. P. 642 R

Meidinger

236.7/07

Über
die Rechte an Kirchenstühlen

nach katholischem und protestantischem Kirchenrechte.

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

DER JURISTISCHEN FAKULTÄT

DER

GEORG-AUGUSTS-UNIVERSITÄT ZU GÖTTINGEN

VORGELEGT

VON

Karl Meidinger,

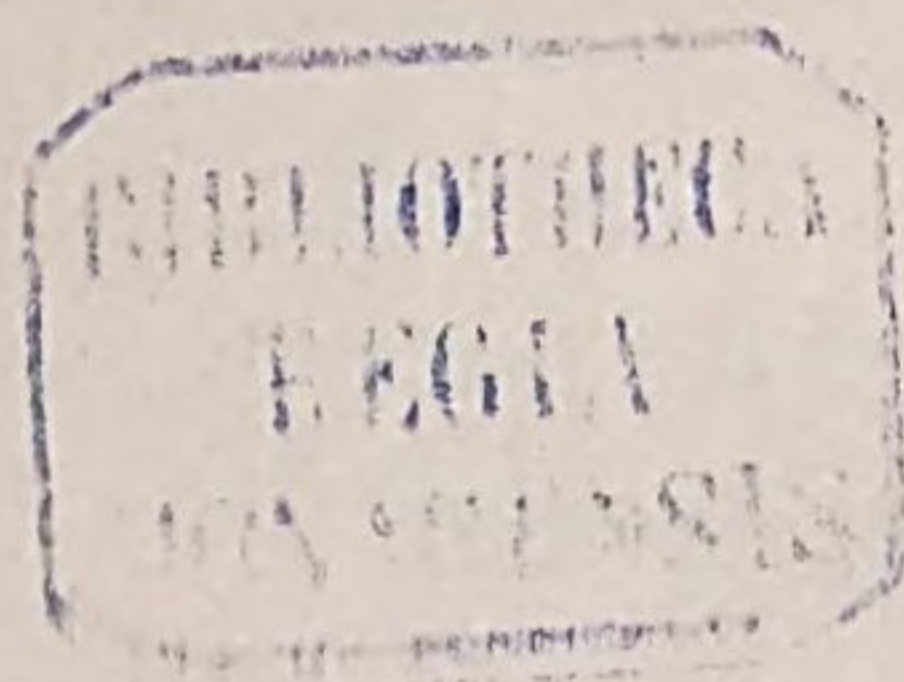
Kammergerichts-Referendar.

SOMMER-SEMESTER 1891.

GRÄFENHAINICHEN.

BUCHDRUCKEREI VON C. H. SCHULZE & CO.

44 A



Meinen lieben Eltern

gewidmet.

Meister Johann Zeller

Inhalt.

	Seite
Einleitung.	
§ 1. Begriff der Kirchenstühle	9
1. Namen und Begriff. — 2. Verschiedenheiten.	
§ 2. Entstehung und Entwicklung der Einrichtung der Kirchenstühle	10
1. In der katholischen Kirche. — 2. In der protestantischen Kirche.	
§ 3. Die Kirchenstühle	12
als 1. Pertinenz des Kirchengebäudes;	
2. res immobiles;	
3. res sacrae oder ecclesiasticae.	
§ 4. Extrakommerzial-Qualität der Kirchenstühle	14

Die Rechte an den Kirchenstühlen.

§ 5. A. Das Eigentum	15
1. Die Kirchenstühle mit Pertinenzqualität; —	
2. ohne Pertinenzqualität. — 3. Bestimmung unseres Themas.	

B. Sonstige Rechte.

I. Voraussetzungen.

§ 6. 1. Katholisches Recht	16
1. Werden überhaupt Rechte eingeräumt? — 2. Entgeltlich? — 3. Höhe des Entgelts?	

	Seite
§ 7. 2. Protestantisches Recht	18
1. Werden überhaupt Rechte eingeräumt? — 2. Entgeltlich? — 3. Höhe des Entgelts? — 4. Eintragung in das Kirchenstuhlregister.	
§ 8. II. Einteilung der Kirchenstühle	20
Öffentliche Kirchenstühle. — Die Stellung der Offizialstühle. — Privatkirchenstühle. — Nicht erbliche. — Erbliche.	

III. Charakterisierung der Rechte.

§ 9. 1. Privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Befugnisse?	25
§ 10. 2. Obligatorische oder dingliche Rechte?	31
Notwendigkeit der Charakterisierung. — Wappäus. — Wird das Eigentum übertragen? — Nach A.L.R. — Dingliches oder obligatorisches Recht? — Möglichkeit beider. — Die getroffenen Verein- barungen. — Obligatorisches Recht. — Dingliches Recht. — Servituten? — Reallast? — Superficies? Unter-Eigentum? — Endentscheidung.	

IV. Begründung der Rechte.

§ 11. 1. Durch Gesetz	41
Honor sedis des Patrons.	
2. Durch Rechtsgeschäfte.	
§ 12. a) Einseitige und zweiseitige Rechtsge- schäfte. Die Kontrahenten	41
I. Einseitige. — II. Zweiseitige. — Die Kontrahenten: A. Auf Seiten der Kirche. B. Ihr gegenüber.	
1. Nur Kirchenglieder. — 2. Parochianen. — Deren „Vorzugsrechte.“ — 3. Männer und Weiber. — 4. Mehrere Parochianen. — „Vorzugsrechte.“ — 5. Entscheidung bei mehreren Parochianen ohne Vorzugsrechte.	
b) Vertrag.	
§ 13. α) Unentgeltlich	47
Prekarium. — Schenkung.	
§ 14. β) Entgeltlich	49

	Seite
Die Quellen. — Möglichkeit von Kauf oder Miete. — „Lösung“. — Lösegeld und Kaufpreis. — Sonstige Bezeichnungen des Entgelts.	
§ 15. 3. Durch Ersitzung und unvordenklichen Besitz	52
Ersitzung. — Der Kirche gegenüber. — Usus facti. — Dritten gegenüber. — Ersitzung der „erblichen“ Stühle. — Realstühle. — Unvordenklicher Besitz.	
§ 16. V. Umfang der Berechtigung	55
§ 17. VI. Übertragung des Rechtes	56
A. Katholisches Kirchenrecht.	
Übertragung des Rechtes — Überlassung der Ausübung.	
B. Protestantisches Kirchenrecht. —	
Veräußerung des Rechtes an einem Personalkirchenstuhl, überhaupt, — auf Lebenszeit des Berechtigten. — Übertragung der Ausübung. — Gewinn aus Übertragung. — Wichtigkeit des „Vorkaufsrechtes der nächsten Erben“. — Veräußerung des „erblichen“ Rechts.	
§ 18. VII. Erlöschen der Rechte	60
I. Ablauf der Zeit.	
II. Fortfall des Subjekts.	
1. bei Personalstühlen:	
a) Tod des Berechtigten;	
b) Wegzug aus der Parochie;	
c) Verzicht.	
Insbesondere der Wegzug aus der Parochie. — „Vorkaufsrecht“ der nächsten Erben. — Frist. — Berechnung. — Mehrere „Vorkaufsberechtigte“. — Charakterisierung des „Vorkaufsrechtes“. — Historisches. — Näherrecht? — Wahres Vorkaufsrecht? — Entscheidung. — Verteidigung der Vorkaufsrechte gegen Wappäus.	
2. bei den „erblichen“ Stühlen.	
III. Veränderung und Untergang des Objektes.	
Durch Naturereignisse. — Anordnungen der Oberen. — Analoges Fortbestehen.	

IV. Nichtgebrauch oder usucapio libertatis?

§ 19. VII. Schutz der Rechte an den Kirchen-	
stühlen	69
I. Der Rechte selbst.	
II. Des Besitzes.	
III. Kompetenz der geistlichen oder Civilgerichte?	
IV. Rechtsweg oder Verwaltungsweg?	
§ 20. Schluss	71

Einleitung.

§ 1. Begriff der Kirchenstühle.

1. Kirchenstühle, -Sitze, -Bänke, Kirchstellen¹⁾ (sedes, sedilia²⁾, subsellia³⁾, scamna⁴⁾ ecclesiastica s. templorum, auch scabellae⁵⁾, sedeculae⁶⁾, und bancha⁷⁾) sind die Sitze oder Stände der Zuhörer in der Kirche⁸⁾.

2. Bisweilen erscheint es, als ob die citierten Bezeichnungen nicht immer ganz gleicher Bedeutung seien, indem einmal im Gegensatz zu „Stühlen“ von Bänken als von Plätzen ohne Lehne gesprochen wird, ein andermal sog. „Klappen“ erwähnt werden, „an den Stühlen angehangene Bänke“⁹⁾ (sedilia subselliis affixa)¹⁰⁾. Häufig

¹⁾ Gitzler, Bd. 1 S. 381.

²⁾ Coll. Lac. Bd. 1 S. 75.

³⁾ Philippi.

⁴⁾ Coll. Lac. Bd. 1 S. 75.

⁵⁾ Gitzler Bd. 1 S. 414.

⁶⁾ Falckner Schultz § 9.

⁷⁾ Reiffenstuel lib. III, tit. XXVIII No. 69.

⁸⁾ Hellbach, S. 12; vgl. Philippi c. I § 8; Falckner Schultz § 27; Titius § 3; Gitzler, Bd. 1 S. 414; Jacobson, K.R. S. 651.

⁹⁾ Hellbach S. 61.

¹⁰⁾ Pufendorf, Obs. 39.

endlich bedeutet „Stuhl“ (subsellium) nicht einen einzelnen Platz, sondern eine ganze Reihe einzelner Sitzplätze oder auch „Stände“ (sedes)¹⁾. Im allgemeinen aber werden die oben erwähnten verschiedenen Bezeichnungen unterschiedslos angewandt; insbesondere haben die angeführten Verschiedenheiten keinen Einfluss auf die Begründung von Rechten an den Kirchen„stühlen“.

§ 2. Entstehung und Entwicklung der Einrichtung der Kirchenstühle.

1. Ursprünglich kannte die Kirche die Einrichtung besonderer Sitzplätze für die Laien nicht²⁾; diese mussten vielmehr dem Gottesdienste stehend beiwohnen³⁾. Die Vermutung, welche Titius und nach ihm Spalteholz ausspricht, dass „die Kirchenstühle sonder Zweifel mit den Kirchen gleichen Ursprung hätten“⁴⁾, dass nämlich zugleich mit der Entstehung der Kirche auch das Bedürfnis sich gezeigt habe, jedem Hörer in der Kirche einen bestimmten Platz anzuweisen⁵⁾, entspricht nicht den geschichtlichen Thatsachen. Hierfür zeugt, dass, wie Spalteholz selbst anführt, „weder das göttliche, noch das civile, noch auch das kanonische Recht irgend welche Bestimmungen über Kirchenstühle enthält“⁶⁾.

Aus ihrer Nicht-Erwähnung im kanonischen Recht ist wohl auch die falsche Meinung Spangenbergs hervor-

¹⁾ So z. B. Wernher Obs. (tom I S. 609) pars III, obs. 119.

²⁾ Mejer, S. 415 Anm. 9.

³⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 341 Anm. 11.

⁴⁾ Titius, lib. II, s. III § 3.

⁵⁾ Spalteholz, § 1.

⁶⁾ Spalteholz, l. c.

gegangen. Dieser behauptet, „die Kirchenstühle sollten zuerst im Jahre 1503 in dem Münster zu Ulm angelegt sein“¹⁾. Auch diese Ansicht ist unrichtig: im dreizehnten Jahrhundert geschieht der Kirchenstühle bereits Erwähnung. (Synodus Exoniensis vom Jahre 1287)²⁾.

Kennt somit die katholische Kirche schon seit langer Zeit den Gebrauch von Kirchenstühlen, so können diese darum zu den absolut notwendigen Bestandteilen der Kirche nicht gezählt werden³⁾, wenn auch in vielen Diözesen und Provinzen Bänke zum Sitzen und Knieen für das Volk durch unzweifelhaftes Herkommen zur inneren Kirchen-Einrichtung gehören⁴⁾. Vielmehr liegt die Bestimmung, ob für die einzelne Kirche ihr Gebrauch zu gestatten ist, grundsätzlich dem zuständigen Ordinarius ob⁵⁾, der seine Zustimmung auch stillschweigend⁶⁾ erteilen kann. Hinschius fügt hinzu, auf dieselbe Weise könne der Ordinarius dem Vorsteher der betreffenden Kirche (z. B. dem Pfarrer) die Entscheidung überlassen.

2. Soviel aber ist richtig, dass in der evangelischen Kirche die Einrichtung eine viel grössere Bedeutung hat als in der katholischen Kirche, so dass in ersterer die Kirchenstühle durch Herkommen notwendig zur inneren Kircheneinrichtung gehören⁷⁾. Zum Teil mag hierzu

¹⁾ Spangenberg, Bd. I, S. 400.

²⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 342, Abs. 2; Mansi, Bd. XXIV, S. 802.

³⁾ Silbernagl, S. 414.

⁴⁾ Schulte, Lb., 3. Aufl., S. 585.

⁵⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 342, Anm. 4.

⁶⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 342, Anm. 5; Ferraris s. v. ecclesia, art. V, No. 10.

⁷⁾ Richter-Dove, S. 1359. Auch Schlegel, Bd. IV, S. 124.

beitragen, dass „in der evangelischen Kirche fast alle gottesdienstlichen Handlungen so eingerichtet sind, dass sie sitzend abgewartet werden können“¹⁾).

Bezeichnend für die grössere Wichtigkeit der Einrichtung in der protestantischen Kirche ist, dass wir die Spezial-Litteratur über die Rechte an Kirchenstühlen ausschliesslich protestantischen Verfassern verdanken²⁾. Für das katholische Kirchenrecht existiert nur eine eingehendere Darstellung³⁾. Die genauere Ausbildung dieser Rechte ist eben durch das protestantische Kirchenrecht erfolgt. Demgemäss wird dieses in Umkehrung der sonst für Bearbeitung kirchenrechtlicher Fragen gültigen Verhältnisse in dieser Arbeit durchschnittlich einen grösseren Raum einnehmen und eine breitere Darstellung erfordern als das katholische Recht. Das letztere wird eine besondere Behandlung nur erfahren müssen in denjenigen Abschnitten, für welche sich Abweichungen von dem protestantischen Rechte ergeben.

§ 3. Die Kirchenstühle als

1. Pertinenzen des Kirchengebäudes,
2. res immobiles,
3. res sacrae oder ecclesiasticae.

1. Die Kirchenstühle sind dazu bestimmt, zusammen mit der Kirche dauernd demselben Zwecke — der Abhaltung von Gottesdiensten⁴⁾ — zu dienen, sie sind

¹⁾ Lange, Bd. I, S. 314.

²⁾ Schulte, Lb. 4. Aufl., S. 511, Anm. 76. Gesch. III, 2, S. 372.

³⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 341 ff. Vgl. Vorwort zur ersten Abteilung des vierten Bandes.

⁴⁾ Wernher obss. part. III, obs. 119.

Pertinenz des Kirchengebäudes¹⁾. Diese dauernde Bestimmung tritt zwar besonders deutlich hervor, wenn die Kirchenstühle mit dem Kirchengebäude in eine feste Verbindung gebracht sind, doch sind auch bewegliche Stühle als Pertinenz denkbar, wenn nur die Bestimmung, dauernd dem gleichen Zwecke wie das Kirchengebäude zu dienen, deutlich erhellt. Ausgeschlossen ist darum aber nicht, dass Stühle sich in der Kirche befinden, die nicht Pertinenzqualität haben, so insbesondere diejenigen, die mit in die Kirche gebracht werden, um nach dem Gottesdienste wieder entfernt zu werden²⁾.

2. Soweit die Kirchenstühle Pertinenz des Kirchengebäudes sind, gelten sie *iuris intellectu* als Immobilien, eine Auffassung, die deutschen Rechtsanschauungen entspricht³⁾.

3. Ob die Kirchenstühle zu den *res sacrae* oder den *res ecclesiasticae* zu rechnen seien, darüber bestand früher erheblicher Streit, der sich bis in die neueste Zeit hinein fortsetzt⁴⁾. Wenn dieser Streit nun auch insbesondere für unser Thema unfruchtbar erscheint, so sei doch hervorgehoben, dass auch nach katholischem Rechte, wo allein von einer rechtlichen Wirksamkeit der Weihungen und Segnungen gesprochen werden kann, die den *res sacrae* innewohnende Sacertät nichts anderes bedeutet,

¹⁾ Schröter, S. 323; Seuffert, Bd. VI, No. 240; Meurer, Bd. II, S. 12, Anm. 1.

²⁾ Philippi-Seyffart, Cap. I, § 3.

³⁾ Wernher, Princ. Cap. X, § 17; Mevius, lib. I, tit. X, art. 6, No. 73; Böhmer, J. E. P. pag. 1375; Böhmer, J. P. sectio V, Cap. II, § 2.

⁴⁾ Wappäus, S. 69; dagegen Friedberg, 2. Aufl., S. 413, Anm. 11; auch Meurer, Bd. II, S. 12.

als dass niemand einen profanierenden Gebrauch von jenen machen darf ¹⁾).

§ 4. Extrakommerzial-Qualität der Kirchenstühle.

Mag man so selbst den Kirchenstühlen Sacertät zuerkennen, so ist es klar, dass sie trotzdem dem Rechtsverkehre nicht ganz entzogen sind. Auf der anderen Seite bedingt ihre Bestimmung zum gottesdienstlichen Gebrauch auch nach protestantischem Kirchenrechte, dass sie nicht vollkommen im Rechtsverkehre stehen. Solche Rechtsgeschäfte, — aber auch nur solche —, sind also immer ausgeschlossen, welche einen profanierenden Gebrauch involvieren. Ihrer Natur nach sind aber die Kirchenstühle zum Nutzen und Gebrauch der Hörer beim Gottesdienste errichtet ²⁾. In einer etwaigen Bestellung von Rechten auf den Gebrauch oder die Benutzung der Kirchenstühle für bestimmte Personen ist somit eine Profanierung nicht zu erblicken ³⁾. Die Einräumung solcher Rechte ist also weder durch das katholische noch durch das protestantische Kirchen-Recht grundsätzlich ausgeschlossen.

¹⁾ Zorn, S. 448 sub a; Hinschius, Bd. IV, S. 167, Anm. 1.

²⁾ Hellbach, S. 12; Seuffert, Bd. VI, No. 240.

³⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 168, sub b.

Die Rechte an den Kirchenstühlen.

A. Das Eigentum.

§ 5.

Das umfassendste dingliche Recht ist das Eigentum. Auch hier, im Rahmen unseres Themas, muss die Frage nach dem Eigentümer der Kirchenstühle kurz behandelt werden. Das katholische wie das protestantische Kirchenrecht bestimmen hier gleichmässig.

1. Sind die Kirchenstühle als Pertinenzen, als unselbständige Bestandteile des Kirchengebäudes zu betrachten, so teilen sie zunächst die Schicksale der Hauptsache. Grundsätzlich steht also an diesen Kirchenstühlen das Eigentum dem Eigentümer der ganzen Kirche zu¹⁾.

2. Möglich ist aber auch, dass — im natürlichen und juristischen Sinne — bewegliche Kirchenstühle selbständig geblieben sind. Diese können auch in einem von dem Eigentume an der ganzen Kirche getrennten Eigentume stehen. Sie bilden aber die grosse Ausnahme, so dass die Pertinenzqualität präsumiert werden kann. Insbesondere dürfte aus einer Verbindung mit dem Kirchengebäude stets die Bestimmung als Pertinenz gefolgert werden und damit der Kirche das Eigentum zufallen. Darum steht ein Kirchenstuhl im Eigentum der Kirche, selbst wenn ihn ein Einzelner auf eigene Kosten aus eigenem Material erbaut hat²⁾.

¹⁾ Titius, l. c. § 10; Spalteholz, § 3; Wernher, obss. part. III, obs. 119.

²⁾ Spalteholz, § 3; Schröter, S. 337; Meurer, Bd. II, S. 32, Anm. 1. Vgl. auch Helfert, K.R. S. 857.

3. Die in einem Sondereigentum stehenden Kirchenstühle kommen für unser Thema nicht in Betracht; denn hinsichtlich ihrer ergeben sich keine Besonderheiten, da sie nicht dauernd zum gottesdienstlichen Gebrauch bestimmt sind, demzufolge auch nicht eine partielle Extrakommerzialität geniessen wie die im Eigentum der Kirche, bzw. deren Eigentümers stehenden Kirchenstühle.

B. Sonstige Rechte.

I. Voraussetzungen.

§ 6. 1. Katholisches Recht.

Dass durch die sog. Extrakommerzial-Qualität der Kirchenstühle die Begründung von Rechten auf ihren ausschliesslichen Gebrauch für einzelne Personen nicht ausgeschlossen ist, ist oben (§ 4) näher ausgeführt. Eine Reihe weiterer Voraussetzungen muss aber noch erläutert werden, welche für die Bestellung derartiger Rechte für die Laien in Betracht kommen.

Nach katholischem Kirchen-Rechte¹⁾ steht:

1. Die Bestimmung darüber, ob Einzelne ein ausschliessliches Recht an einem Kirchenstuhl erhalten sollen, dem Ordinarius zu²⁾ kraft seiner öffentlich-rechtlichen Befugniss, den Gottesdienst in den ihm unterstellten Kirchen zu regeln. Zwar hat die Sacr. Congr. Conc. am 20. Juni

¹⁾ Vgl. besonders Hinschius Bd. IV, S. 342 ff.

²⁾ Ein Verbot besteht z. B. seitens des Erzbischofes von Köln bezüglich der Pfarrkirche Bustorf vom 10. Oktober 1782. Siehe auch Provinzial-Konzil von Halifax I anno 1857. Coll. Lac. Bd. III, S. 162.

1585 ¹⁾ und 5. September 1665 ²⁾ erklärt, „niemandem solle ein dauerndes und ewig währendes Recht an einem Kirchenstuhl mit dem Charakter beliebiger Übertragbarkeit eingeräumt werden. Mangels eines Verbotsgesetzes erscheint aber die Bestellung derartiger dauernder Rechte nicht ausgeschlossen ³⁾).

2. Der Ordinarius hat dann weiter zu bestimmen, ob die Überlassung unentgeltlich oder gegen Entgelt erfolgen solle. Auch das letztere zu gestatten ist ihm nicht verwehrt, obwohl es sich fragen könnte, ob nicht eine Einräumung gegen Entgelt unter dem Gesichtspunkte der Simonie für nichtig zu erachten sei. Das an die Kirche zu leistende Entgelt erscheint aber nur als ein Äquivalent für die Überlassung des Rechtes auf den ausschliesslichen Gebrauch eines bestimmten Kirchenstuhles und als ein Beitrag zur Unterhaltung des Stuhles und der Kirche⁴⁾. Etwas Anderes freilich wäre es, wenn nur solche, denen ein ausschliessliches Gebrauchsrecht gegen Entgelt eingeräumt ist, zum Gottesdienste zugelassen würden. Das dürfte im höchsten Grade bedenklich sein, indem hier allerdings sich das Rechtsgeschäft dem Eintausch geistlicher Güter gegen weltliche sehr nähert⁵⁾.

Auch die Kirche selbst vertritt die Auffassung, dass es sich um einen Beitrag zur Instandhaltung des Kirchen-

Zu ¹⁾ und ²⁾ Ferraris s. v. ecclesia art. V No. 8; zu ¹⁾ Pignatelli tom. IX, cons. 147 No. 12 (28. Juni 1583) zu ²⁾ Pignatelli l. c. No. 13.

³⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 342, Anm. 10.

⁴⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 343; Köhler-Schilling, S. 28.

⁵⁾ Vgl. aber Rüttimann, S. 160.

gebäudes und der Kirchenstühle handelt, dadurch, dass die Einkünfte aus einer Überlassung von Rechten an Kirchenstühlen stets in die Kirchenfabrik fließen¹⁾.

3. Die Höhe der zu leistenden Summe zu bestimmen, liegt endlich gleichfalls dem Ordinarius ob²⁾. Nur wird er sie nicht allzu hoch bestimmen dürfen, denn unter allen Umständen muss für die Ärmeren in ausreichender Weise gesorgt sein. Partikularrechtlich findet sich die ausdrückliche Bestimmung: eine genügende Anzahl Stühle muss für sie bereit gehalten werden³⁾.

§ 7. 2. Protestantisches Recht.

Für das protestantische Kirchenrecht gilt:

1. In den meisten Kirchen ist die Bestellung ausschliesslicher Gebrauchsrechte an bestimmten Kirchenstühlen für die Gemeindeglieder hergebracht. Doch hängt für die einzelne Kirche die Bestimmung, ob solche Einräumung stattfinden solle, von der besonderen Verfassung ab. Für das gemeine Recht dürfte sich eine feste unumstössliche Regel nicht aufstellen lassen. Die Überlassung kann da, wo sie bisher nicht üblich war, mit Zustimmung der Kirchenoberen und Einwilligung der Gemeinde, da deren Rechte, wenn jene Überlassung nicht schon hergebracht ist, dadurch geschmälert werden, ohne Zweifel zugelassen werden.⁴⁾ Die ältere Kirche betrachtete sie als ein gutes Mittel, um die Ordnung im Gotteshause

¹⁾ Schulte, System, S. 556.

²⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 343.

³⁾ Vgl. z. B. Coll. Lac. Bd. V S. 866; Hinschius, Bd. IV, S. 342, Anm. 7.

⁴⁾ Eichhorn, Bd. II, S. 805.

aufrecht zu erhalten¹⁾), und verlangte daher häufig, dass sich „ein jeder seinen eigenen Stuhl löse.“

2. Die Überlassung gegen Entgelt bildet in der evangelischen Kirche weitaus die Regel. Aus dem kleinen Gewinnst, den die Kirche erzielt, ist ihr kein Vorwurf zu machen²⁾). In früheren Zeiten bestand vielfach die Bestimmung, dass die Einkünfte zum Unterhalt der Armen verwendet werden. Heute fliessen diese auch hier allgemein in die Kirchenfabrik³⁾).

3. Die Höhe dessen, was die Kirche erhält, bestimmt sich nach Gebrauch und nach dem Stande der Parochie⁴⁾). Allgemein wird gefordert, dass das Äquivalent mässig sei⁵⁾). Ist seine Höhe für eine Parochie einmal durch Gewohnheitsrecht fest bestimmt, so ist es nur schwer zu erhöhen. Häufig wird hierzu die Einstimmung der Gemeinde erfordert⁶⁾). Ebensowenig braucht aber ein durch Gewohnheit festgestelltes verhältnissmässig hohes Äquivalent herabgesetzt zu werden, „weil für erträglich gilt, was die Gewohnheit eingeführt hat“⁷⁾). Überhaupt soll auf die Interessen derer, die ein ausschliessliches Gebrauchsrecht an einen Kirchenstuhl erwerben, und die der Kirche möglichst gleichmässig Rücksicht genommen werden. Auf den Nutzen der letzteren allein kommt es

¹⁾ Carpzov, lib. II, tit. 23, def. 359.

²⁾ Carpzov, l. c.

³⁾ Friedberg, S. 424.

⁴⁾ Linck, § 32; Wernher, Princ. § 20; Spalteholz, § 5; Köhler-Schilling, § 37.

⁵⁾ Carpzov, lib. II, tit. 23, def. 360; Böhmer, J. P. sect. V. c. 2 § 5; Spalteholz, § 5; Köhler-Schilling, § 37.

⁶⁾ A.L.R. II, 11 § 678.

⁷⁾ Carpzov, l. c. def. 360.

nicht an¹⁾). Darum gilt auch zweckmässiger Weise fast allgemein eine Versteigerung für ausgeschlossen²⁾, weil durch eine solche die Armen benachteiligt werden. Vorgekommen sind Versteigerungen aber trotzdem³⁾, auch gestatten sie manche Kirchen-Ordnungen für solche Stühle, die mehr zur Annehmlichkeit und Bequemlichkeit als zum unentbehrlichen Gebrauche dienen.

4. In der Mehrzahl der vielen sehr verschiedenartigen sog. „Kirchenstuhlordnungen“, die häufig für einzelne Kirchen, seltener für ganze Diözesen oder Territorien ergangen sind, ist die Einführung von „Kirchenstuhlregistern“ bestimmt, in welche alle an den Kirchenstühlen für die Einzelnen begründeten Rechte Eintragung finden sollen. Diese Eintragung hat aber keinerlei konstitutive Wirkung, ist vielmehr rein deklaratorisch, somit keine unerlässliche Voraussetzung für die Entstehung des Rechts.

II. „Einteilung“ der Kirchenstühle.

§ 8.

Darnach, ob an den Kirchenstühlen den Einzelnen ausschliessliche Gebrauchsrechte eingeräumt werden oder nicht, und gegebenen Falles nach der Art, wie die Rechte den Einzelnen zustehen, haben besonders die protestantischen Schriftsteller umfangreiche Einteilungen aufgestellt⁴⁾, die aber auch für das katholische Recht

¹⁾ Wernher, Princ. § 20.

²⁾ Wernher, Princ. § 20; Spalteholz, § 5; A.L.R. II, 11 § 679; anders Köhler-Schilling, § 38, Abs. 1; vgl. Hellbach, S. 35, §§ 2 und 3.

³⁾ Köhler-Schilling, § 38, Anm. β.

⁴⁾ Vgl. Hellbach, S. 13 ff., § 3.

ihre Berechtigung haben, da sich auch nach diesem die einzelnen „Arten“ der Kirchenstühle finden.

Man unterscheidet zunächst richtig zwei Hauptgruppen: die öffentlichen (*subsellia publica*) und die Privatkirchenstühle (*subsellia privata, propria*)¹⁾.

Das Recht geht davon aus, dass die Kirchenstühle zum gemeinen Gebrauche aller derer bestimmt sind, denen die Kirche den Zutritt und die Anteilnahme am Gottesdienst überhaupt gestattet²⁾. Hier hat und erlangt der Einzelne eben kein irgendwie geartetes Recht auf den ausschliesslichen Gebrauch. Solche Kirchenstühle heissen öffentliche. Für sie könnte auch diese kurze Erwähnung hier genügen, wenn es nicht auch für unser Thema von Wert wäre, mit einigen Worten eine Unklarheit zu beseitigen, die die weitere Einteilung der öffentlichen Kirchenstühle hervorruft.

Nach Philippi u. A.³⁾ zerfallen diese nämlich wiederum in 1. solche, die allen Personen oder bestimmten Klassen offenstehen (*subsellia communia proprie et improprie dicta*) und 2. sog. Officialstühle, die für Personen in öffentlichem (bezw. kirchlichem) Amt und Würden bestimmt sind. Neuere aber, wie Mejer und Richter-Dove⁴⁾ erwähnen die Officialstühle unter den Privatkirchenstühlen, d. h. solchen, an denen einzelnen natürlichen oder juristischen Personen ein ausschliessliches Gebrauchsrecht zusteht.

Eine Lösung dieses anscheinenden Widerspruches ist wohl nur auf folgende Weise möglich.

¹⁾ G. L. Böhmer, *Principia*, §. 595.

²⁾ Vgl. Schulte, *Lb.*, 3. Aufl., S. 586.

³⁾ Philippi, c. I, § 9; Titius, l. c. § 4.

⁴⁾ Mejer, S. 415, Anm. 11; Richter-Dove, S. 1345, Anm. 6.

Abgesehen davon, dass Einzelnen eventuell ein Recht auf den ausschliesslichen Gebrauch eines Stuhles eingeräumt wird, ist die Kirchenpolizei befugt, im Interesse der Ordnung des Gottesdienstes den Gebrauch der Kirchenstühle in bestimmter Weise zu regeln und den Einzelnen feste Plätze zuweisen zu lassen. So kann sie, wie es auch heute noch in vielen Kirchen geschieht, z. B. eine Trennung der Geschlechter anordnen, so dass dann einerseits ausschliesslich die Männer verpflichtet und befugt sind, gewisse für sie bestimmte Stühle zu besetzen wie umgekehrt auch die Frauen.

Dadurch erlangt aber weder der einzelne Mann noch deren Gesamtheit ein Recht auf den Gebrauch der ihnen durch die kirchlichen Oberen in Ausübung kirchenpolizeilicher Befugnisse angewiesenen Plätze. Vielmehr ist es in das Belieben der kirchenpolizeilichen Organe gestellt, eine andere Verteilung der Stühle anzuordnen, den Gebrauch wiederum allen Kirchenbesuchern, gleichgültig ob männlichen oder weiblichen Geschlechtes, freizugeben u. s. w. Auch steht dem einzelnen Manne oder deren Gesamtheit keine Klage gegen die Kirche zu wegen einer Änderung ihrer Anordnungen. Die kirchenpolizeilichen Organe aber wären befugt, die Befolgung ihrer Vorschriften gegebenen Falles zu erzwingen, auch für Übertretungsfälle eine Strafe festzusetzen u. dergl.

Ebenso scheint es nun zu Philipppis Zeiten mit den Offizialstühlen der Fall gewesen zu sein ¹⁾).

Auch diese wurden kraft Kirchenpolizei den Inhabern gewisser Ämter ausschliesslich zugewiesen, ohne dass für

¹⁾ Vgl. Titius, l. c. § 12.

diese daraus ein Recht auf den Gebrauch der bestimmten Stühle erwachsen wäre.

Ganz anders dagegen bei Mejer und Richter-Dove. Hier hat die Kirche den Inhabern gewisser Ämter bez. solchen Korporationen, welche im Reformationszeitalter in näherer Beziehung zu der evangelischen Kirche standen und zur Durchführung der Reformation beigetragen haben¹⁾, ein Recht auf die Benutzung des betreffenden Stuhles eingeräumt, das sie eventuell auch der Kirche gegenüber geltend machen können, falls diese ihnen ihr Recht entziehen wollte.

Es handelt sich also bei Philippi und bei Mejer um ganz verschiedene Rechtsverhältnisse.

Für unser Thema kommen aber, wie oben erwähnt, nur die Privatkirchenstühle und somit auch die Officialstühle nur als solche, d. h. in dem Sinne, wie sie bei Mejer und Richter-Dove angeführt werden, in betracht.

Die Privatkirchenstühle teilt man häufig in erbliche (*subsellia hereditaria*) und nicht erbliche (*non hereditaria*): eine Einteilung die nicht sehr glücklich erscheint, weil hier „erblich“ etwas anderes bezeichnet, als die Rechtswissenschaft darunter zu verstehen gewohnt ist. Darum wohl auch sehen mit Recht manche²⁾ von dieser Einteilung ab, wenn sich auch nicht leugnen lässt, dass, obschon durch einen wenig glücklichen Ausdruck, ein an und für sich richtiges Moment hervorgehoben ist. Nicht erbliche Privatkirchenstühle nämlich sind solche, an welchen ein Gebrauchsrecht einer bestimmten Person

¹⁾ Besonders bzgl. der Gilden und Zünfte vgl. Frantz, insbes. S. 11, 35, 37, Anm. 1.

²⁾ Z. B. Köhler-Schilling; Hellbach, S. 14 f.

auf begrenzte Zeit, höchstens Lebensdauer eingeräumt ist. Darum heissen diese auch Personalkirchenstühle; man nennt sie auch gemeine, ordinäre Privatkirchenstühle, nur müssen sie wohl unterschieden werden von den gemeinen Kirchenständen ¹⁾).

Bei den sog. erblichen Kirchenstühlen steht das Gebrauchsrecht dem Berechtigten in der Weise zu, dass es auch mit dem Tode des jeweilig Ausübenden nicht erlischt, sondern auf irgend einen Nachfolger desselben übertragen wird. Hält man an dem Begriffe der erblichen Kirchenstühle in dem angegebenen Sinne fest, so sind diese nun ihrerseits ²⁾ (subjektiv) dingliche oder persönliche. Unter ersteren versteht man diejenigen, welche einem bestimmten Hause oder Gute „zugeschrieben“ ³⁾ sind und auf jeden Besitzer desselben übergehen, s. g. Realstühle (*subsellia realia, praedialia*) ⁴⁾. Bei den persönlichen Kirchenstühlen unterscheidet man nach gemeinem Rechte dann wieder solche, welche nur einer gewissen Familie und wenigstens allen Personen, welche von dem ersten Erwerber abstammen, zustehen (Familienstühle), von solchen, welche ganz allgemein auf die Erben, wer sie immer seien, verschrieben sind, mögen sie zu der Familie gehören oder nicht (Erbkirchenstühle im engeren und wahren Sinne) ⁶⁾.

¹⁾ Vgl. oben in diesem § sub 1.

²⁾ Koch, S. 72 und nach ihm Delius, S. 679.

³⁾ S. o. § 7 sub 4.

⁴⁾ Falckner-Schulz, c. IV, § 29.

⁵⁾ Falckner-Schulz, c. IV, § 29.

⁶⁾ Böhmer, J. P. sect. V, c. 2, § 4.

Eine immerhin erwähnenswerte Abweichung findet sich hier für das Gebiet des A.L.R., indem dieses zunächst nur solche Stühle kennt, die gewissen Personen (sog. schlichte Erbkirchensitze) oder Familien erblich verliehen sind. Hier können die Berechtigten ihr Recht auf ihre Nachkommen vererben¹⁾, und zwar nur auf diese, wenn nicht in besonderen Vereinbarungen bei der ersten Verleihung gestattet ist, das Recht von Todes wegen auf Personen, die nicht zu den Nachkommen gehören, zu übertragen²⁾.

III. Charakterisierung der Rechte.

§ 9. 1. Privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Befugnisse?

Welcher Art nun aber das an einem Kirchenstuhle zustehende Recht sei, ist höchst bestritten. In der That bieten sich auch so mannigfache Gesichtspunkte dar, dass eine zutreffende Charakterisierung des Rechtes zu geben, nicht so ganz leicht erscheint. Wappäus³⁾ freilich will die älteren Schriftsteller für diese Schwierigkeiten verantwortlich machen, indem er sagt:

„Die zum Teil sehr weitschweifigen Abhandlungen „aus dem 17. und 18. Jahrhundert über das s. g. „Kirchenstuhlrecht“ versäumen es auf einfache feststehende Prinzipien zurückzugehen und auf deren Grunde weiter zu bauen, und dadurch erschweren und verwickeln „sie die Sache oft ganz unnötig.“ Zugegeben auch, dass

¹⁾ A.L.R. II, 11, § 681.

²⁾ J.M.Bl., IV, S. 7; vgl. Delius, S. 679.

³⁾ Wappäus, S. 69.

eine gewisse Weitschweifigkeit jenen Abhandlungen anhaftet, so ist die Kritik, welche Wappäus übt, doch nicht berechtigt. Die Bestellung von Rechten an den Kirchenstühlen ist vorwiegend durch das praktische Bedürfnis gezeitigt; der Rechtswissenschaft fiel dann die Aufgabe zu, auf die Prinzipien zurückzugehen. Aber auch den älteren Schriftstellern wird die Anerkennung nicht versagt werden können, dass sie sich nach besten Kräften und in der Hauptsache auch mit gutem Erfolge der ihnen gestellten Aufgabe unterzogen haben. Wenn sich dabei nicht eine Einfachheit der Prinzipien ergab, so liegt die Erklärung wohl in der Mannigfaltigkeit der zur Beurteilung stehenden Verhältnisse, denen eine gewisse Mannigfaltigkeit der Prinzipien ganz naturgemäss entspricht. Wohl versucht Wappäus seinerseits es einfache Prinzipien zu finden; bedauerlicher Weise aber haftet den von ihm aufgestellten einfachen Prinzipien ein Fehler an, der nämlich, dass sie nicht durchweg richtig sind und den Verhältnissen nicht ganz entsprechen. Auf ihrem Grunde weiterzubauen, ist in vielen Fällen erst recht bedenklich ¹⁾).

Auch der Satz: „Den Gegenstand aller Rechtsgeschäfte über die Kirchenstühle, aller über sie aufgeworfenen Fragen bilden aber im Grunde nicht die Kirchenstühle quoad corpus, sondern eben das Gebrauchsrecht, nur dieses wird von den ersten Schriftstellern der Neuzeit als ein gewöhnliches in commercio befindliches Privatrecht angesehen ²⁾“, hat mannigfache An-

¹⁾ Vgl. unten § 18.

²⁾ Wappäus, S. 70.

fechtung erlitten, ob mit Recht oder Unrecht bleibe vorläufig dahingestellt.

So sucht Hinschius für das katholische Kirchenrecht die Ansicht zu widerlegen, dass es sich um Privatrechte handele, eine Auffassung, die für das evangelische Kirchenrecht Büff¹⁾ bezüglich der Kirchenstühle und Erbbeerbnisse schon vor Hinschius vertreten hatte. Hinschius²⁾ giebt zu, „das Recht diene den Interessen „des Berechtigten,“ meint aber, „eine privatrechtliche „Befugnis sei es nicht. Sein Inhalt geht nicht auf „eine privat- und vermögensrechtlichen Zwecken dienende „Benutzung, vielmehr auf eine solche, welche theils „in Ausübung der öffentlich-rechtlichen Befugnis des „Kirchengliedes, theils in Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Pflicht desselben, dem Gottesdienste anzuwohnen, „erfolgt. Bei dem Erwerbe einer derartigen Berechtigung „kommt der Berechtigte nicht schlechthin als einzelnes „Individuum oder Rechtssubjekt, sondern in erster Linie „als Glied der kirchlichen Gemeinschaft in betracht, „denn nur als solches, als in den gedachten Beziehungen „Berechtigter und Verpflichteter, kann er das Recht „überhaupt erwerben, und es handelt sich bei der Kirch- „stuhlberechtigung nur um die nähere Bestimmung der „Ausübung des betreffenden Benutzungsrechtes der „Kirche und der Art der Erfüllung der entsprechenden „Pflicht.“

Diese Meinung kann aber als richtig nicht anerkannt werden. Schon Meurer hat Büff gegenüber

¹⁾ Büff, SS. 776 und 779.

²⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 344, Anm. 2—4, S. 345, Anm. 1.

richtig hervorgehoben¹⁾, den öffentlich-rechtlichen Charakter eines solchen Rechtes könne man sich nicht anders denken als nach Art des Gebrauchsrechtes bezüglich der *res publicae in publico usu*. Derselbe wirft Büff gegenüber für das Erbbegräbnisrecht eine Frage auf, die hier Hinschius gegenüber mit Bezug auf das Recht an den Kirchenstühlen wiederholt werden darf: „Wie „kann man alles Ernstes das Gebrauchsrecht, welches „jedem Privaten bezüglich der öffentlichen Plätze, Wege „u. s. w. zusteht, mit einem Gebrauchsrecht an einem „Kirchenstuhl vergleichen, welches ein gleiches Recht „jedes anderen ausschliesst“²⁾.

Hinschius selbst will mit Recht den Inhalt des Rechtsverhältnisses über die privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Natur entscheiden lassen. Welches ist denn aber der Inhalt der hier in Frage kommenden Rechte an den Kirchenstühlen? Nicht der, dass ihre Nutzung beim Gottesdienste ausschliesslich bestimmten Personen zustehe? Nicht der, dass ein bestimmter Kirchenstuhl ausschliesslich dem Interesse des einzelnen Berechtigten dienen solle? Freilich ist das Privatrecht an den Kirchenstühlen stets modifiziert durch die öffentlich-rechtlichen Befugnisse der kirchlichen Aufsichtsorgane. Die Kirche — und sie thut daran sehr wohl — räumt das Recht an einem Kirchenstuhl immer nur mit den Einschränkungen ein, die aus der Bestimmung des Gegenstandes zum Gottesdienste und aus der kirchlichen Ordnung hervorgehen³⁾. Aber dadurch, dass ein vorwiegend

¹⁾ Meurer, Bd. II, S. 34.

²⁾ Meurer, Bd. II, S. 34.

³⁾ Richter-Dove, S. 1345, Anm. 6.

dem Interesse des Einzelnen dienendes Recht durch das öffentliche Recht, — wenn auch noch so sehr — beschränkt wird, verliert jenes doch nichts von seinem privatrechtlichen Charakter ¹⁾).

Die Benutzung des bestimmten Kirchenstuhles, an welchem dem Einzelnen ein ausschliessliches Gebrauchsrecht zusteht, erfolgt auch nicht, wie Hinschius meint, teils in Ausübung der öffentlich-rechtlichen Befugnis des Kirchengliedes, teils in Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Pflicht desselben dem Gottesdienste anzuwohnen, — das ist der Fall, soweit es sich um die Benutzung der öffentlichen Kirchenstühle handelt, — sondern vielmehr in Ausübung der privatrechtlichen Befugnis des Kirchengliedes, einen bestimmten Stuhl und gerade diesen ausschliesslich für sich zu benutzen. Sie erfolgt in Ausübung eines Rechtes, das einem einzelnen Kirchenmitgliede der Kirche und allen anderen Gliedern gegenüber zusteht, eines Rechtes, das vorwiegend den Interessen eines Einzelnen dient, wenn vielleicht auch öffentliche Interessen — die Aufrechterhaltung der Ordnung beim Gottesdienste u. s. w. mit im Spiele sind. Darum erscheint das Recht aber noch nicht als Ausfluss kirchlicher Ordnung und Disziplin ²⁾, vielmehr ist solch ein Recht ein Privatrecht und kein öffentliches Recht.

Dass dieses Recht bedingt ist durch die Befugnis dem Gottesdienste beizuwohnen, und nur bei Gelegenheit der Ausübung dieser Befugnis wie der entsprechenden Pflicht selbst ausgeübt werden kann, darf doch aber

¹⁾ Vgl. aber Hinschius, Bd. IV, S. 347, Abs. 3.

²⁾ So Büff, S. 776, § 293.

nicht dazu führen, diese beiden so grundverschiedenen Befugnisse mit einander zu identifizieren.

„Die Kirchenstuhlrechte sind,“ wie Gierke¹⁾ sagt, „ein körperschaftliches Individualrecht, insoweit sie, während sie doch an die Voraussetzung der Kirchengemeinschaft gebunden und durch die kirchliche Ordnung beschränkt bleiben, als Privatrechte anerkannt werden“, und als solche auch anerkannt werden müssen, wie sich hinzufügen lässt.

Hinschius leugnet ferner, dass das Gebrauchs-Recht ein vermögenswertes sei. Aber das Recht wird doch in den weitaus meisten Fällen entgeltlich gegen eine Summe Geldes bestellt. Ist aber das Vermögen einer Person im juristischen Sinne die Gesamtheit ihrer geldwerten Rechte²⁾ und hat einen Geldwert, was im Verkehr der Menschen nach Geld geschätzt wird und für Geld anschaffbar ist³⁾, so ist auch das Gebrauchsrecht an den Kirchenstühlen ein geldwertes und damit auch ein vermögenswertes, eine Auffassung, die auch Dernburg⁴⁾ vertritt. Andererseits ist allerdings zuzugeben, dass die Zwecke des Rechtes vermögensrechtliche nicht sind; Köppen⁵⁾ zieht darum auch das Recht zu den familienrechtlichen.

Öffentlich rechtlicher Natur ist aber der Anspruch des einzelnen Kirchengliedes gegen die Kirche, dass ihm

¹⁾ Gierke, S. 197.

²⁾ Dernburg, Pandekten, Bd. I, S. 48.

³⁾ l. c. Anm. 2.

⁴⁾ Dernburg, Preuss. Priv.-R., Bd. III, S. 290, Anm. 4, und nach ihm Delius, S. 680.

⁵⁾ Köppen, Erbrecht, S. 198.

ein derartiges Recht eingeräumt werde. Denn solch ein Anspruch steht jedem einzelnen Kirchenmitgliede in derselben Masse wie jedem anderen zu und beruht allein auf der Zugehörigkeit des Einzelnen zu der Kirche. Hier steht der Einzelne nur als Glied dem Ganzen gegenüber. Ist aber einmal für ihn ein Individualrecht begründet, so steht der Einzelne als Subjekt eines selbständigen Rechtes dem Ganzen gegenüber, als Subjekt eines Rechtes, durch welches er jeden anderen ausschliesst, eines Rechtes, das vorwiegend seinen persönlichen Interessen dient. Gerade das letztere bildet aber das Kriterium des Privatrechtes. Darum ist also auch das Gebrauchsrecht an den Kirchenstühlen eine privatrechtliche Befugnis¹⁾.

§ 10. 2. Obligatorische oder dingliche Rechte?

Ist nun auch so wohl dargelegt, dass es sich um privatrechtliche Befugnisse handelt, so bedarf dieses Privatrecht noch einer eingehenderen Charakterisierung.

Da darf denn zunächst die schon einmal angeführte Äusserung von Wappäus²⁾ wiederholt werden: „Gegenstand aller Rechtsgeschäfte über die Kirchenstühle, aller über sie aufgeworfenen Fragen bilden aber im Grunde nicht die Kirchenstühle quoad corpus, sondern eben das „Gebrauchsrecht.“ Diese Auffassung verdient vollkommene Billigung³⁾. Wappäus will sich damit verwahren gegen

¹⁾ So auch R.G., Bd. VII, S. 137.

²⁾ Wappäus, S. 70.

³⁾ Soweit es auf unser Thema ankommt; man denke aber an die Fragen der Baulast bzgl. der Kirchenstühle u. dgl.

die Ausdrucksweise der älteren Schriftsteller, welche vom Kaufe eines Kirchenstuhles¹⁾, von einem eigenen Kirchenstule sprechen, selbst davon, dass „jedem sein „besonderer Stand angewiesen werde, welchen er für sein „Eigentum betrachten könne²⁾.“ Auch heute noch pflegen wir zu sagen: sich einen Theaterplatz kaufen, dieser Platz gehört mir u. s. w., während doch nur das Recht, einen bestimmten Platz zu gegebener Zeit zu benutzen, uns im betreffenden Falle zusteht. Gewiss ist diese Ausdrucksweise, so kurz und bequem sie auch sein mag, völlig unjuristisch, und darum hat Wappäus vollkommen recht, wenn er tadelt, dass sie in wissenschaftlichen Werken angewandt worden ist. Nur durfte Wappäus nicht sein obiges einfaches Prinzip als etwas ganz Neues hinstellen; findet es sich doch schon bei älteren Schriftstellern thatsächlich angewandt³⁾.

Demgemäss, dass es sich bei allen Rechtsgeschäften, durch welche die Kirche einzelnen ihrer Mitglieder bestimmte Kirchenstühle zum ausschliesslichen Gebrauche einräumt, nicht um das corpus derselben handelt, wird denn auch niemals das Eigentum an dem Kirchenstuhle dem einzelnen Berechtigten übertragen. *Proprietas semper penes ecclesiam manet*⁴⁾. Dem Berechtigten steht also, wenn ihm ein Recht auf Benutzung eines bestimmten Sitzes oder eines bestimmten Platzes, in letzterem Falle durch Erbauung eines Kirchenstuhles eingeräumt ist,

¹⁾ Carpzov, l. c. def. 359.

²⁾ Lange, S. 314.

³⁾ Falckner-Schulz, §§ 30, 33.

⁴⁾ Hommel-Spalteholz, § 3; Wernher, Princ. c. X, § 12, S. 188.

weder an dem Material des Kirchenstuhles noch etwa an dem Grund und Boden der Kirche ein Sondereigentum zu. „Vielmehr kann das Eigentum an den Kirchenstühlen nur zugleich mit dem Eigentum an der ganzen Kirche wechseln“¹⁾. (Vgl. oben § 5.)

Demgemäss ist der Berechtigte auch nicht befugt, beliebigen²⁾ Schmuck an dem Kirchenstuhle, dessen ausschliesslicher Gebrauch ihm zusteht, anzubringen.

Besondere Zweifel könnten aber die Bestimmungen des preussischen A.L.R. hervorrufen, welches mehrfach hinsichtlich der Kirchstellen, welche gewissen Personen oder Familien erblich verliehen sind, von den Berechtigten als den Eigentümern der Kirchenstühle spricht³⁾. Es ist aber dabei zu bedenken, dass das A.L.R. nicht nur ein Eigentum an Sachen, sondern auch an Rechten kennt⁴⁾. So ist denn auch dort, wo das A.L.R. von dem Eigentume eines Kirchenstuhles spricht, nur von dem Eigentume eines Rechtes die Rede, wie in Justiz-Ministerial-Reskripten⁵⁾ und im Anschluss an diese von der gerichtlichen Praxis⁶⁾ mehrfach betont worden ist. Die Kirchstelle selbst geht auch nach den Bestimmungen des A.L.R. niemals aus dem Eigentum der Kirche heraus⁷⁾.

¹⁾ Wappäus, S. 70.

²⁾ Vgl. aber unten § 15.

³⁾ A.L.R. II, 11, §§ 681, 682, 683.

⁴⁾ A.L.R. I, 8, § 1.

⁵⁾ Reskript vom 7. Dezember 1842, J.M.Bl. (1842) IV, S. 7.

⁶⁾ Striethorst, Bd. IV, S. 5, Bd. XVI, S. 112 (bzgl. einer katholischen Kirche), Bd. LXII, S. 228, Ob.Trib. Bd. XXX, S. 199.

⁷⁾ Vgl. Delius, S. 679 f.; Altmann, S. 297, No. 3; Jacobson, E.K.R. S. 652, Anm. 34; Trusen, S. 434, Anm. 272; Vogt, S. 469, Anm. 33b.

„Ist somit ein Eigentumsrecht ausgeschlossen, so bedarf es“ — nach obigem — „keines Beweises, dass das Recht sich als ein privates Gebrauchsrecht charakterisiert, und es bleibt nur noch eine offene Frage, ob dieses Gebrauchs-Recht einen den Kircheneigentümer beschränkenden dinglichen Charakter hat, oder ob es obligatorischer Natur ist.“¹⁾

Zur Beurteilung dieser Frage darf man wiederum nicht davon ausgehen, wie die älteren Schriftsteller das gewöhnlich zu Grunde liegende Rechtsgeschäft zu bezeichnen pflegen. Sie sprechen ebenso häufig vom Kaufe eines Kirchenstuhles (wobei nach dem oben gesagten nur an den Kauf des Gebrauchsrechtes an einem Kirchenstuhle gedacht werden kann), wie von der Miete eines solchen.

Meurer glaubt, sich in der Regel für ein dingliches Recht entscheiden zu müssen²⁾. Wappäus dagegen entscheidet sich (bezüglich der Erbbegräbnisse) für ein rein obligatorisches Recht, und zwar weil kein einziges der verschiedenen vernünftigerweise anführbaren dinglichen Rechte in dieser Anwendung passen wolle³⁾, was er insbesondere von den römisch-rechtlichen Personalservituten zu beweisen sucht. Aus ähnlichen Gründen hat auch das Reichsgericht die Ansicht vertreten, dass der Inhalt des Rechtes nicht ein *ius in re aliena*, sondern das Recht sei, von der Kirchengemeinde die dauernde Überlassung bestimmter Kirchensitze zum ausschliesslichen Gebrauche

¹⁾ Meurer, Bd. II, S. 34.

²⁾ Meurer, Bd. II, S. 35, Anm. 1.

³⁾ Wappäus, S. 71.

bei der Teilnahme am Gottesdienste der Gemeinde zu fordern.¹⁾

Beide Auffassungen dürften nicht das Richtige treffen. Vielmehr erscheint eine Mittelmeinung hier vorzuziehen.

Durch nichts ist zunächst eine der beiden Möglichkeiten, dass dem Berechtigten ein dingliches Recht oder dass ihm nur ein obligatorisches Recht zustehe, grundsätzlich ausgeschlossen. In erster Linie wird man immer, wie es auch schon Wernher statuierte, auf das der Begründung derartiger Rechte in den meisten Fällen zu Grunde liegende Rechtsgeschäft Rücksicht zu nehmen haben.²⁾ Bleiben auch so noch Zweifel bestehen, dann erst, so ist wohl mit Hinschius anzunehmen, kann man sich für ein dingliches Recht entscheiden.³⁾ Dagegen kann der Begründung, welche Hinschius für diese Meinung giebt⁴⁾, nicht beigetreten werden. Auch für das katholische Kirchenrecht dürfte von Hinschius das Interesse der Kirche zu einseitig hervorgehoben sein. Sollte nicht vielmehr der Gesichtspunkt massgebend sein, dass es den Interessen der einzelnen Gebrauchsberechtigten mehr

¹⁾ R.G. Bd. XXIV, S. 174 ff.

²⁾ Wernher, Princ. S. 188, § 14.

³⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 346, Abs. 2.

⁴⁾ Der Zweck des Rechtes, dem Berechtigten den ausschliesslichen Gebrauch einer bestimmten Kirchenstelle oder eines bestimmten Sitzes zu gewähren, wird schon erreicht, wenn der Berechtigte in eine direkte Beziehung zur Sache gesetzt und ihm die Befugnis gewährt wird, Störungen seines Rechtes durch Dritte selbst abwehren zu können. Ferner ist die Bestellung eines dinglichen Rechtes für die Kirche günstiger, da ihre Verpflichtungen in diesem Falle geringer sind Gegen Eingriffe Dritter (ist) sie im Interesse eines bloss obligatorisch Berechtigten einzuschreiten verbunden. Hinschius, Bd. IV, S. 346, Abs. 2.

entspricht, wenn ihnen die Kirchenstühle durch ein dingliches Recht unmittelbar unterworfen werden? Auch scheinen einzelne Organe der katholischen Kirche über das, was den Interessen der letzteren am dienlichsten ist, anderer Meinung zu sein als Hinschius. Der Erlass des Fürstbischofs von Brixen vom 2. August 1860, nach welchem „das Ordinariat es am liebsten sieht, wenn die „Kirchenstühle, sofern sie nicht frei gelassen werden „sollen, nur bestimmten Personen auf ein oder mehrere „Jahre verliehen werden“¹⁾, drückt wohl eher den Wunsch aus nach der Bestellung von Rechten obligatorischer Natur, als dass er die Beweitwilligkeit erweist, den Berechtigten irgendwelche Befugnisse dauernder und die Sache unmittelbar ergreifender Art einzuräumen.

Ist nun ein obligatorisches Recht begründet, so dürfen wir mit Fug und Recht von einer Vermietung der Kirchenstühle sprechen; denn jenes obligatorische Recht stellt sich zweifelsohne als Sachenmiete dar, ist ganz nach deren Grundsätzen zu beurteilen und bedarf daher keiner weiteren Auseinandersetzung²⁾.

Steht aber, wie sich entweder aus dem zu Grunde liegenden Rechtsgeschäft ergibt oder sonst im Zweifel anzunehmen ist, den einzelnen Berechtigten ein dingliches Recht zu, so erhebt sich auch hier heftiger Streit.

Am häufigsten noch haben die Schriftsteller versucht, das Recht analog einer Servitut zu gestalten, und bald

¹⁾ Archiv f. kath. K.R., Bd. VI, S. 465.

²⁾ Vgl. Leyser, spec. XXII, med. 4; aber Hommel-Spalteholz, § 3; auch Rüttimann, S. 160.

den Ususfrukt ¹⁾, bald den Usus ²⁾ herangezogen, während andere diese beide Analogien rundweg ablehnten ³⁾. „Der Ususfrukt freilich würde, soviel den fructus be-
„trifft, gegenstandslos sein, der Usus beruht zu sehr auf
„römischen Eigentümlichkeiten, als dass man ihn auf
„Verhältnisse anwenden dürfte, welche den Römern fremd
„waren“ ⁴⁾, so argumentiert Wappäus ganz richtig für
das dem *ius subselliorum* analoge *ius sepulturae*. Sein
weiterer Schluss, dass man nun immer ein rein obligatori-
sches Recht annehmen müsse, ist aber falsch. Übersieht
er doch dabei, „dass auch das römische Recht schon
„andere beschränkte dingliche Gebrauchsrechte, welche
„durch letztwillige Verfügung begründet waren, anerkannt
„hat, und weiter auch, dass das moderne Recht
„überhaupt auch andere dingliche Gebrauchsrechte als
„die römisch-rechtlichen Typen derselben zulässt“ ⁵⁾. Fol-
gendes dürfte das Richtige sein: es handelt sich bei
den uns jetzt beschäftigenden Rechtsgestaltungen um
dingliche Rechte an einer fremden Sache auf einen be-
schränkten Gebrauch derselben für ein bestimmtes Sub-
jekt, also um Rechte, die sich am genauesten nach der
Analogie der Servituten konstruieren lassen. Das zwingt
aber noch keineswegs dazu, die römisch-rechtlichen Typen
überall zum Vorbilde zu nehmen. Diejenigen, die solches
versucht haben, gelangen schliesslich häufig zu einem

¹⁾ Carpzov, J.E. l. c. def. 362; Brunnemann, J.E. l. 2 c. 2, § 11; Falckner-Schulz, § 32; Böhmer, J.P. sect. V, cap. 2, § 5, No. 3.

²⁾ Wernher, Princ. c. X, § 23.

³⁾ Hommel-Spalteholz, § 3.

⁴⁾ Wappäus, S. 71.

⁵⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 346, Anm. 2.

Punkte, wo sie gestehen müssen, es sei in der That unmöglich, hier die von ihnen angeführte Analogie vollkommen durchzuführen¹⁾. Wir haben es also zu thun mit der Einräumung servitutähnlicher iura in re aliena, die sich als eigentümliche deutschrechtliche Bildungen darstellen²⁾.

Diese Auffassung ist aber nicht unbestritten.

Auch Mejer leugnet zunächst, dass „der Berechtigte an „der Stelle ein im romanistischen Sinne dingliches Recht „habe“. Er meint vielmehr, „diesem stehen nur ein Forderungs- „recht gegen die Kirche zu auf Prästierung der dauernden „und ausschliesslichen Gebrauchsverhältnisse. Es sei „eine Art deutschrechtlicher Reallast“³⁾. Mit Recht bemerkt aber hiergegen Meurer, dessen Meinung wir uns vollkommen anschliessen können: „Das ist nun durchaus „irrig: wo ist denn die positive Leistung, welche nach „dem Wesen der Reallast der Belastete, hier also der „Kircheneigentümer zu prästieren hat? Derselbe ist zu „keinem facere, sondern nur zu einem non facere oder „pati verpflichtet, und das nennt man nicht Reallast, „sondern Dienstbarkeit“⁴⁾.

Dernburg dagegen zieht die Analogie der Superficies heran⁵⁾. Diese passt aber zum mindesten nicht auf alle verschiedenen Arten der Kirchenstühle. Dernburg selbst definiert einmal⁶⁾ das Superficiarrecht als das vererb-

¹⁾ Vgl. z. B. Stryk zu Brunnemann, l. II. c. 2, § 11; Falckner Schulz, § 33.

²⁾ Richter-Dove, S. 1346.

³⁾ Mejer, S. 416, Anm. 11.

⁴⁾ Meurer, Bd. II, S. 35, Anm. 1 a E.

⁵⁾ Dernburg, Preuss. Priv.-R., Bd. III, S. 290, Anm. 28.

⁶⁾ Dernburg, Pandekten, Bd. I, S. 626 (§ 259).

liche und veräusserliche dingliche Recht, ein Gebäude oder eine andere Anlage dauernd auf fremdem Boden zu haben. Das an den sog. gemeinen Privat-Kirchenstühlen zustehende Recht ist aber weder vererblich¹⁾, noch auch veräusserlich²⁾. Die Meinung Dernburgs dürfte daher schon aus diesem Grunde kaum zu billigen sein.

Richtiger könnte es erscheinen, wenn Titius³⁾, der bei einzelnen oder Personen-Stühlen Niessbrauch annimmt, dann weiter meint: „Bei denen Amts-, Häuser-, „erblichen und Familien-Stühlen könne man wohl ein „nützlich Eigentum und etwa Superficiem, das Grund- „und Boden-Recht behaupten“, da hier (ganz abgesehen von der Ansicht eines „nützlichen Eigentums“) die Analogie des Superficiarrechts auf diejenigen Fälle beschränkt wird, bei denen die Schriftsteller von einer „Erblichkeit“⁴⁾ zu sprechen pflegen. Aber die freie Veräusserung der fraglichen Rechte ist in den meisten Fällen nicht gestattet, und um eine wahre Erblichkeit handelt es sich bei den Amts- und Häuser-Stühlen auch nicht. Dem Gebrauchsberechtigten stehen endlich nicht wie dem Superficiar nach Abbruch des betreffenden Gebäudes u. s. w.⁵⁾ nach Abbruch des Kirchenstuhles dessen Materialien zu, diese bleiben vielmehr immer im Eigentum der Kirche⁶⁾. Hinzukommt, dass dann von einer

¹⁾ S. o. § 8.

²⁾ S. u. § 17.

³⁾ Titius, l. c. § 13.

⁴⁾ S. o. § 8.

⁵⁾ Dernburg, Pandekten, Bd. I, S. 628, Abs. 3.

⁶⁾ Der bei Seuffert, Bd. XXXII, S. 332 erwähnte Fall, dass einem Real-Stuhlberechtigten nach Abbruch des Stuhles das Holz

Superficies keine Rede sein kann, wenn die Kirche den Gebrauch einer abgegrenzten Bodenfläche gestattet, um dort einen — beweglichen! — Stuhl aufzustellen, ein Fall, der besonders für die katholische Kirche von praktischer Bedeutung zu sein scheint¹⁾.

Auch von einer Durchführung der Analogie der Superficies wird man daher wohl absehen müssen.

In der oben angeführten Stelle spricht Titius von einem nützlichen Eigentum und vertritt damit eine Auffassung, die sich wohl sonst auch ausgesprochen findet, wonach der Kirche das Obereigentum und dem einzelnen Berechtigten das Unter- oder auch nützliche Eigentum zusteht²⁾. Dass die Unterscheidung eines Ober- und Unter-Eigentums für das römische Recht falsch ist, ist bekannt. Aber auch da, wo sie am ehesten ihre Berechtigung hat, für das Lehen und die Erbleihe des deutschen Rechtes erscheint sie als etwas so Singuläres, dass man sich hüten sollte, derartige Analogien für die Beurteilung der Rechte an den Kirchenstühlen zu verwenden.

Man wird sich nach alledem damit begnügen müssen, dass, soll das Gebrauchsrecht an den bestimmten Kirchenstühlen einmal einer bestimmten Kategorie eingereiht werden, es sich am besten als Servitut charakterisieren lässt, wobei freilich nicht die römisch-rechtlichen Vorbilder allein anzuwenden sind.

desselben zur Verfügung gestellt wurde, ist völlig singulär und beruht vielleicht auf einer falschen Rechtsansicht bezüglich des „Eigentums“ der Kirchenstühle im A.L.R.

¹⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 343, Abs. 1.

²⁾ Glück, Bd. II, S. 485.

IV. Begründung der Rechte.

1. Durch Gesetz.

§ 11.

Für die Begründung der Rechte an den Kirchenstühlen kommen hauptsächlich Rechtsgeschäfte und die Ersitzung in Betracht. Nach katholischem Kirchen-Rechte wie nach protestantischem ist freilich häufig partikularrechtlich auch durch Gesetz für den Patron der sog. honor sedis begründet. Durch Gesetz steht dann dem Patron ein Recht auf ausschliessliche Benutzung eines bestimmten Kirchenstuhles zu ¹⁾; und zwar wird dieser noch gewöhnlich an einem besonders ausgezeichneten Orte in der Kirche, meistens dem Presbyterium oder Chor ²⁾ aufgestellt, zu dem sonst insbesondere die katholische Kirche die Laien durchaus nicht zulässt, so dass auch durch Verjährung oder unvordenklichen Besitz ein Recht auf einen Sitz im Presbyterium nicht erworben werden kann ³⁾.

2. Durch Rechtsgeschäfte.

§ 12. a) Einseitige und zweiseitige Rechtsgeschäfte. Die Kontrahenten.

I. Die zur Begründung von Privatrechten auf den Gebrauch von Kirchenstühlen dienenden Rechtsgeschäfte sind in den meisten Fällen zweiseitige; einseitige dürften ausser dem von Hinschius ⁴⁾ hervorgehobenen Falle, dass

¹⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 345, Abs. 1, Anm. 3.

²⁾ Vgl. A.L.R. II, 11, § 588.

³⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 340, Anm. 9 und S. 342, Anm. 3.

⁴⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 345, Anm. 2.

der Stifter einer kirchlichen Anstalt sich ein derartiges Recht vorbehält, für das katholische wie für das protestantische Kirchenrecht kaum von Bedeutung sein.

II. Was die Begründung durch Verträge anlangt, so muss zunächst die Frage aufgeworfen werden, wer derartige Rechtsgeschäfte abschliessen kann.

A. Für die Kirche geschieht dieses durch die Organe der kirchlichen Vermögensverwaltung¹⁾, die neuerdings meist durch Staatsgesetze für beide Kirchen bestimmt sind²⁾. Alles Nähere entscheidet somit das partikuläre Recht, das auch hierin sehr mannigfaltig ist. Der gemeinsame Grundgedanke ist aber überall der, dass die vertragsmässige Begründung von Rechten an den Kirchenstühlen den Organen der Vermögensverwaltung gebührt. Dass diese dabei häufig an die Genehmigung der kirchlichen Oberen gebunden sind³⁾, ist eine Bestimmung, die um deswillen besonderen Beifall verdient, weil sie geeignet ist, eine gleichmässige Berücksichtigung aller Interessen herbeizuführen und weil durch sie die alleinige Betonung der Vermögensinteressen der Kirche vermieden wird. Nach katholischem Kirchen-Rechte⁴⁾ dürfen aber die Organe der kirchlichen Vermögensverwaltung gegen die vom Ordinarius kraft seiner öffentlich-rechtlichen Stellung als Ordner der Benutzung der gottesdienstlichen Gebäude

¹⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 344. Carpzov l. c. def. 359, ferner z. B. A.L.R. II, 11, § 676.

²⁾ So in Preussen für die katholische Kirche Gesetz vom 20. Juni 1875, für die evangelische Kirche der sechs östlichen Provinzen K. Gem.- u. Syn.-Ordn. vom 10. September 1873 § 22.

³⁾ A.L.R. II, 11, § 680.

⁴⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 343 f.

etwa erlassenen Bestimmungen nicht handeln; soweit das dennoch geschieht, sind die abgeschlossenen Verträge nichtig.

B. Der Kirche gegenüber steht auf der andern Seite irgend eine — natürliche oder juristische — Person. Denn auch Körperschaften können solche Rechte für sich begründen, so z. B. Innungen zu Gunsten ihrer Mitglieder¹⁾, Städte zu Gunsten ihrer Beamten²⁾, Universitäten zu Gunsten ihrer Dozenten und Studenten u. s. w. Das spricht sicher dafür, dass wir es hier mit einem Privatrechte zu thun haben. Denn eine Innung oder eine Stadt als solche gehören doch nicht der Kirche an³⁾, stehen ihr vielmehr als ganz selbständige Vermögenssubjekte gegenüber, so dass hier jeder Zweifel ausgeschlossen erscheinen muss. Freilich wird auch den einzelnen Beamten, Mitgliedern u. s. w. von dem der betreffenden juristischen Person zustehenden Recht auf Benutzung bestimmter Kirchenstühle Gebrauch zu machen nur gestattet sein, wenn sie derjenigen Konfession angehören, für deren Gottesdienste die Benutzung der Stühle der juristischen Person eingeräumt ist⁴⁾. Auch dies ist eine auf dem öffentlichen Rechte beruhende und wohl

¹⁾ Trusen in der Zeitschrift Bd. 19, S. 331.

²⁾ Wernher, obss. pars. III, obs. 119 (Tom. I, S. 609).

³⁾ Dabei darf freilich nicht übersehen werden, dass die Städte und Innungen als solche in der Reformationszeit lebhaften Anteil an dem kirchlichen Leben genommen haben. Vgl. auch oben § 8.

⁴⁾ Bei besonderen feierlichen Gelegenheiten haben aber häufig schon katholische Mitglieder des Magistrats an evangelischen Gottesdiensten teilgenommen. Noch weiter gehende Modifikationen ergeben sich für Lutheraner im Verhältnis zu den Reformierten und umgekehrt.

begründete Einschränkung des Benutzungsrechtes der berechtigten juristischen Person. Dadurch aber verliert das Recht selbst nichts von seinem privatrechtlichen Charakter.

Nicht jede Person ohne Unterschied kann ein Recht auf den ausschliesslichen Gebrauch eines Kirchenstuhles für sich begründen.

1. Als selbstverständlich muss es gelten, dass, wie auch schon mehrfach erwähnt, nur solche Personen Rechte auf den ausschliesslichen Gebrauch eines Kirchenstuhles erwerben können, welche derjenigen Religionspartei angehören, für deren Gottesdienste das betreffende Kirchengebäude bestimmt ist ¹⁾. „Es kann nie die Absicht einer „Kirchengemeinde sein, andere als ihre Glaubensgenossen „zu einer dauernden Teilnahme an ihrem Gottesdienste „zuzuziehen, wie durch Überlassung fester Kirchensitze „geschehen würde,“ hat das Ober-Tribunal einmal mit gutem Grunde ausgeführt ²⁾. Zum Abschluss solcher Rechtsgeschäfte, welche darauf abzielen, Andersgläubigen Rechte an Kirchenstühlen einzuräumen, sind die zuständigen kirchlichen Organe nicht befugt, und es sind derartige Rechtsgeschäfte für nichtig zu erachten.

Für das protestantische Kirchenrecht gelten dann noch folgende Besonderheiten, und zwar darum nur für dieses, weil in der katholischen Kirche alles von den Bestimmungen des zuständigen Ordinarius abhängt.

2. Die einzelne Kirche ist in erster Linie immer für die Parochianen bestimmt, und haben auch nur diese

¹⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 344, Anm. 4, in Verb. mit S. 340, Anm. 3; Spalteholz, § 4.

²⁾ Striethorst, Arch., Bd. 72, S. 17; Delius, S. 684.

ein Recht, — dessen öffentlich rechtlicher Charakter oben ¹⁾ festgestellt ist, — darauf, dass ihnen solche Gebrauchsrechte an bestimmten Kirchenstühlen eingeräumt werden. Das Recht steht nur denjenigen Parochianen zu, die ihr Domizil in der Parochie haben, (sog. *parochiani perpetui*), nicht denjenigen, die sich nur zeitweise in der Parochie aufhalten (*parochiani temporales*) ²⁾. In die Filialkirche Eingepfarrte können Rechte an Kirchenstühlen in der Mutterkirche nicht beanspruchen ³⁾.

Gestattet aber der Raum, dass auch Nichtparochianen solche Rechte eingeräumt werden, so ist auch dieses nicht verboten ⁴⁾; doch hat dann im Falle, dass ein Parochian und ein Fremder (wie das A.L.R. ⁵⁾) sagt, worunter aber nicht Angehörige einer anderen Kirche, sondern nur in einer anderen Parochie wohnhafte Glaubensverwandte zu verstehen sind ⁶⁾), sich gleichzeitig melden, der Parochian den Vorzug ⁷⁾. Allein, wie der Anspruch des Parochianen darauf, dass ihm ein ausschliessliches Gebrauchsrecht eingeräumt werde, öffentlich-rechtlicher Natur ist, so ist das sog. „Vorzugsrecht“ kein Privatrecht. Es erscheint vielmehr eher als eine auf Zweckmässigkeitsgründen beruhende Anweisung an die Ver-

¹⁾ § 9 (S. 30 f.).

²⁾ Falckner-Schulz, c. IV, § 30; Spalteholz, § 4.

³⁾ Lange, Bd. I, S. 317.

⁴⁾ Vgl. Büff, S. 292, S. 773 und 774, Anm. 1.

⁵⁾ A.L.R. II, 11, § 677.

⁶⁾ Striethorst, Bd. 72, S. 17; Ob. Trib., Bd. 60, S. 211: Delius, S. 684.

⁷⁾ Böhmer, J.P. s. V, c. 2, § 6, no. 1; Spalteholz § 4; Lange, Bd. I, S. 316; Schröter, S. 337; Kretschmar, S. 12, no. 3; Hellbach, S. 26. — A.L.R. II, 11, § 677.

waltungsorgane der Kirche¹⁾ (wie es für die Bestimmung des A. L. R. II, 11, § 679, welche die Versteigerung untersagt, entschieden ist), „deren „Nichtbefolgung für sich allein einen privatrechtlichen „zur Verfolgung im Rechtswege geeigneten Anspruch „nicht verleihen kann“²⁾).

Ist einmal ein Gebrauchsrecht einem „Fremden“ eingeräumt, so kann der hintangesetzte Parochian weder die Nichtigkeitsklage noch die Anfechtungsklage anstellen. Allein der Beschwerdeweg steht ihm offen.

3. Wo die Scheidung von Männer- und Weiberstühlen angeordnet ist, soll ausser in Notfällen ein Mann nicht an einem Weiberstuhl und ebensowenig eine Frau an einem Männerstuhl ein Recht erhalten³⁾. Auch dieses erscheint aber nur als eine Anweisung an die in Frage kommenden kirchlichen Organe und kann daher nur Anlass zu einer Beschwerde beim Vorgesetzten, aber kein Klagerecht geben⁴⁾.

4. Melden sich mehrere Parochianen gleichzeitig, so haben unter ihnen diejenigen, die noch kein Gebrauchsrecht an einem Kirchenstuhl hatten, den Vorzug, d. h. nach obigem, die betreffenden Organe sind angewiesen, sie in erster Linie zu berücksichtigen.

¹⁾ Z. B. Magdeburgische Kirchenordnung c. 24, § 10. „Die Kirchenstände sind zuvorderst den eingepfarreten, oder in Ermangelung auch uneingepfarreten zum Gebrauch zu verschreiben“ bei Schröter, S. 338.

²⁾ Striethorst, Bd. 77, SS. 198—200; Trusen, S. 433, Anm. 270.

³⁾ Kretzschmar, S. 14, no. 6.

⁴⁾ Striethorst, Bd. 77, SS. 198--200.

Auch sonst statuierte die ältere Theorie vielfach noch „Vorzugsrechte“ für adlige Parochianen nicht-adligen gegenüber¹⁾, für angesessene den nicht-angesessenen²⁾ u. s. w. Derartiges erscheint aber unzulässig. Die Begründung, dass die Kirche bei Beobachtung solcher „Vorzugsrechte“ leichter und sicherer zu ihrem Gelde kommt, ist nicht durchgreifend. Auf den Vorteil der Kirche allein kommt es nicht an.

5. Hat keiner unter mehreren gleichzeitig sich meldenden Parochianen ein Vorzugsrecht, so entscheidet zweckmässig unter ihnen das Los³⁾. Das A.L.R. bestimmt Verteilung nach Klassen oder durch das Los⁴⁾.

b) Vertrag.

§. 13. α) Unentgeltlich.

Die Gebrauchsrechte an den Kirchenstühlen können durch Vertrag, sei es entgeltlich oder ohne Entgelt, erworben werden⁵⁾.

Ist das Recht ohne Entgelt eingeräumt, so wird häufig ein Prekarium⁶⁾ vorliegen, die Überlassung also nur auf jederzeitigen Widerruf erfolgt sein. Hier hat die genaue Unterscheidung von der blossen, im polizeilichen Interesse erfolgenden Zuweisung die grösste

¹⁾ Carpzov, l. c. def. 359; dagegen aber Brunnemann l. 2, c. 2, § 11; Philippi c. III, § 6; Böhmer J.P. s. V, c. 2, § 6, no. 4; Wernher, Princ. § 24; Hellbach, S. 27.

²⁾ Spalteholz, § 4; vgl. Köhler-Schilling, § 25, S. 22; Hellbach S. 27.

³⁾ Titius, l. c. § 17.

⁴⁾ A.L.R. II, 11, § 680.

⁵⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 345.

⁶⁾ Schulte Lb. 3. Aufl. S. 586.

Schwierigkeit. Aber auch sie dürfte sich beheben lassen, wenn nur einseitige kirchenpolizeiliche Anordnung und Vertrag richtig auseinander gehalten werden.

Nicht ausgeschlossen erscheint es, in einem solchen Rechtsgeschäfte auf unentgeltliche Einräumung des Gebrauchsrechtes an einem Kirchenstuhle eine Schenkung¹⁾ zu sehen. Die Bestellung eines dinglichen Nutzungsrechtes, — und um ein solches wird es sich auch hier in den meisten Fällen handeln, — kann durch Schenkung erfolgen. Hinschius²⁾ leugnet das Vorhandensein einer Schenkung um deswillen, weil weder eine Verminderung des Vermögens der Kirche noch eine Vermehrung des Vermögens des Berechtigten eintrete. Er hält auch das Recht nicht für ein vermögenswertes³⁾, eine Ansicht, die oben § 9 ihre Widerlegung gefunden hat. Ist die dort vertretene Ansicht aber richtig, so wird durch die unentgeltliche Einräumung eines solchen Rechtes dem Vermögen der Kirche ein Wert entzogen, der dem Vermögen des eben dadurch Berechtigten zuwächst, d. h. diesem wird das Gebrauchsrecht geschenkt.

Hinschius selbst beschränkt sich übrigens darauf, das Vorliegen einer Schenkung zu leugnen, ohne seinerseits anzugeben, welchen Vertrag er annehmen will. Doch nicht etwa ein Prekarium? Das wäre sehr gefährlich für die unentgeltliche Begründung eines „vererblichen“ Rechts, also hinsichtlich eines ohne Entgelt be-

¹⁾ Vgl. Titius, l. c. § 14.

²⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 345, Anm. 4.

³⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 345, Z. 5 v. u.

gründeten Real-, Familien-, Erb- oder Officialstuhls! Soll hier die Kirche das Recht haben, die Benutzung beliebig zu widerrufen? Das ist kaum anzunehmen.

Überhaupt wird, um Prekarium und Schenkung unterscheiden zu können, stets darauf zurückzugehen sein, ob das Recht widerruflich eingeräumt ist, oder ob Widerruf ausgeschlossen ist. Letzteres ist in den Fällen der s. g. Erblichkeit immer anzunehmen. Aber auch bei einer Begründung des Rechtes als eines „nicht erblichen“ ist Schenkung keineswegs unmöglich, sofern nur die Schenkungsabsicht deutlich erhellt.

§. 14. β) Entgeltlich.

Handelt es sich um entgeltliche Überlassung, so dürfen wir uns am allerwenigsten auf die Quellen und die Schriftsteller verlassen, welche hier ohne scharfe Unterscheidung bald von Vermietung (*locatio*), bald von Verkauf und Kauf (*emptio*, *venditio*) eines Kirchenstuhles reden, wobei natürlich nur an den Kauf des Gebrauchsrechtes an einem Kirchenstuhle zu denken ist ¹⁾).

Möglich sind beide Vertragsformen, nur müssen sie scharf unterschieden werden, da sich der Charakter des zu begründenden Gebrauchsrechtes nach dem zu Grunde liegenden Rechtsgeschäfte richtet.

Zu einer erheblichen Vergrößerung der Verwirrung hat folgender Umstand beigetragen:

Besonders bei protestantischen, aber auch bei einzelnen katholischen Schriftstellern wie auch in Kirchen-

¹⁾ Gut unterscheidet für das amerikanische Recht: Rüttimann, S. 160 f.; Meurer, Bd. II, S. 35, Anm. 1 scheint auch ihm vorzuwerfen, dass er Kauf und Miete durcheinander werfe.

stuhlordnungen ist die Rede von einer Lösung oder gar Ablösung¹⁾ der Kirchenstühle. Dieser Ausdruck ist zwar deshalb durchaus zu missbilligen, weil mit ihm kein juristischer Begriff zu verbinden ist; darum berechtigt aber seine Anwendung noch nicht dazu, anzunehmen, wie Wappäus²⁾ es thut, dass die älteren Schriftsteller ein ganz selbständiges Rechtsgeschäft ohne civilrechtliche Wirkungen konstruieren wollen, wenn sie von „Lösung der Kirchenstühle“ sprechen. In Wahrheit dürfte dieser Ausdruck in dem selben Sinne gebraucht sein, wie wir heute sagen: sich eine Fahrkarte lösen u. s. w. Nichts steht dem entgegen, auch in der „Lösung der Kirchenstühle“ nichts anderes zu sehen als ein gewöhnliches Kaufgeschäft³⁾, dessen Gegenstand aber nicht die Kirchenstühle quoad corpus, sondern allein quoad ius utendi bilden⁴⁾.

Kretzschmar⁵⁾ hat den Versuch angestellt, einen Unterschied zwischen dem Lösegelde und dem Kaufpreise auf der Grundlage zu konstruieren, dass gewisse Personen das Recht für ein geringeres Äquivalent erwerben

¹⁾ Helfert, K.R. S. 739 und 857; K.Verm. § 73, Bd. I, S. 250.

²⁾ Wappäus S. 69.

³⁾ Grimm, Bd. VI, Sp. 1194 s. v. „lösen“, unter 9)d: „lösen, bezüglich einer Abgabe an die Obrigkeit“ führt als Beispiel an: den Ablass „lösen“. l. c. unter e: „auch sonst durch Zahlung an sich bringen.“

Grimm, Bd. VI, Sp. 1202 s. v. „Lösung“ unter 5)a ein Kaufgeld, eine Kaufsumme, ebenso l. c. Sp. 1203 s. v. „Lösung“ unter 5)b: Kaufgeld, Einnahme aus einem Kauf.

⁴⁾ Böhmer, J. P. s. V, cap. 2, § 5, No. 2. Vgl. aber Köhler-Schilling, S. 28, § 33, Anm. 3.

⁵⁾ Kretzschmar, S. 74 f.

wie die anderen. Das niedrigere Entgelt nennt er Lösegeld; hat dagegen die an die Kirche zu zahlende Geldsumme die gewöhnliche Höhe, so sei es Kaufpreis. Diese Behauptung trägt den Charakter der Unrichtigkeit zu sehr in sich selbst, als dass sie einer Widerlegung bedürfte.

Wenn Köhler-Schilling¹⁾ diese Unterscheidung zwar als allgemeine Regel nicht gelten lassen, sie aber doch als Lokalverfassung einzelner Parochien anerkennen will, so ist die Möglichkeit, dass sie sich in solchen finde, zuzugeben, ohne dass die Unterscheidung darum an Richtigkeit gewinnt.

Überhaupt erfreut sich das der Kirche zu leistende Entgelt der mannigfachsten Namen: Mietzins, Kaufpreis, Preis²⁾, Gebühr³⁾, merces⁴⁾, locarium⁵⁾, pretium⁶⁾, honorarium⁷⁾, pensio⁸⁾, canon⁹⁾, laudemium¹⁰⁾ und wohl auch noch andere Ausdrücke werden in buntem Durcheinander angewandt. Diese zahlreichen Bezeichnungen beruhen auf den verschiedenartigsten Auffassungen des zur Beurteilung stehenden Rechtsgeschäftes. Sie sind ein vollgültiger Beweis dafür, dass die Konstruktion des

¹⁾ Köhler-Schilling, S. 31, § 37, Anm. 2.

²⁾ Altenburger K.-Stuhl-Ordn. bei Schröter, S. 332.

³⁾ Oldenburger Konsistorial-Befehl bei Schröter, S. 332 (Gebühr für Umschreibung).

⁴⁾ Spalteholz, § 5.

⁵⁾ Spalteholz, § 13.

⁶⁾ Böhmer, J. P. l. c. § 5, No. 2; Carpzov l. c. def. 359; Linck, § 32.

⁷⁾ Spalteholz, § 5; Wernher, Princ. § 20.

⁸⁾ Spalteholz, § 5.

⁹⁾ Spalteholz, § 5.

¹⁰⁾ Spalteholz, § 8.

Rechtsverhältnisses und die Abstrahierung der Prinzipien grosse Schwierigkeiten bereitet hat. Für diese Fülle von Bezeichnungen eine einheitliche Grundlage zu finden, ist wohl unmöglich. So wird denn die Entscheidung am besten dahin ausfallen, dass das an die Kirche zu entrichtende Äquivalent, je nachdem, „ob es zu bestimmten Zeiten wiederkehrt, oder ein für alle Mal auf „eine Reihe von Jahren entrichtet wird“¹⁾, entweder Mietzins oder Kaufpreis ist²⁾.

§ 15. 3. Durch Ersitzung und unvordenklichen Besitz.

Auch durch Ersitzung werden die Gebrauchsrechte an Kirchenstühlen begründet³⁾ sowohl der Kirche als auch Dritten gegenüber.

Die Grundlage für die Ersitzung bildet natürlich der gutgläubige ruhige Besitz des Gebrauchsrechtes, und zwar ist, wenn das Recht der Kirche gegenüber ersessen werden soll, 40jähriger Besitz⁴⁾ erforderlich nach gemeinem Recht und 44jähriger nach dem A.L.R.⁵⁾ Doch rechnen die Schriftsteller des ersteren häufig die vier Jahre, binnen welcher der Kirche die Restitution zusteht, zu der sonst erfordernten Zeit hinzu⁶⁾.

¹⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 343, Abs. 1 und S. 345, Abs. 2.

²⁾ Vgl. auch Böhmer, J. P. sect. V, Cap. 2, § 5, No. 2: „illa oblatio veri pretii naturam habet.“

³⁾ Ferraris, s. v. ecclesia. Art. V, No. 13; Hinschius, Bd. IV, S. 346, Anm. 4; Stryk zu Brunnemann lib. II, cap. II, § 11.

⁴⁾ Ferraris, s. v. ecclesia Art. V, No. 14, spricht von *acquisitio per decennium*. Diese ist aber der Kirche gegenüber ausgeschlossen. Hinschius, Bd. IV, S. 346, Anm. 6.

⁵⁾ A.L.R. I, 9, § 629.

⁶⁾ Böhmer, J. E. P, S. 1377, § 49; Wernher, Princ. § 19.

Einfaches Sitzen auf einem bestimmten Stuhle (*usus facti*) kann freilich nicht als Grundlage der Ersitzung dienen¹⁾, mag es auch noch so oft wiederholt sein. Es ist vielmehr erforderlich, dass der Gebrauch des Stuhles der Kirche bzw. den Organen ihrer Vermögensverwaltung gegenüber klar und deutlich als Recht in Besitz genommen ist (*animus iuris exercendi*)²⁾. Dieses zu dokumentieren und zu erweisen dürfte oft schwer fallen. Der ausschliessliche Besitz ist nicht allein durch die Überwindung eines versuchten Eingriffes anderer zu erlangen. Damit wäre ja, falls keine Besitzstörung erfolgte, das Recht durch Ersitzung überhaupt nicht zu begründen.³⁾ Vielmehr genügt Verschliessen der Bank, eventuell auch Anbringung der Hausmarke, an deren Stelle in neuerer Zeit mehr und mehr nur den Namen des Berechtigten tragende Tafeln getreten sind⁴⁾, und noch andere geeignete Mittel.

Soll das Recht Dritten, insbesondere dem bisherigen Berechtigten gegenüber ersessen werden, so ist nach Hinschius, falls ein Titel vorhanden ist, zehn- bzw. zwanzigjähriger, sonst dreissigjähriger Besitz erfordert.⁵⁾ Die zwanzigjährige Ersitzung ist aber wohl nicht praktisch, da es sich kaum denken lässt, dass ein absens ein derartiges Gebrauchsrecht an einem Kirchenstuhle als ausschliessliches für sich werde besitzen können.

¹⁾ Vgl. Ferraris, s. v. *ecclesia*, Art. V, No. 22.

²⁾ Altmann, S. 483 ff.

³⁾ Seuffert, Bd. XXVI, No. 103.

⁴⁾ Homeyer, S. 247 f. nebst Tafel XIX, und S. 434 f.

⁵⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 346, Anm. 7; Hellbach, S. 29, § 2.

Auch als sog. „erbliche“ können die Gebrauchsrechte an den Kirchenstühlen ersessen werden. Nur muss klar sein, dass sie als vererbliche die erforderliche Zeit hindurch besessen worden sind¹⁾. Der Beweis hierfür wird oft schwierig sein. Darum erscheint es aber noch nicht notwendig mit Wernher anzunehmen, dass der Anfang der Präskription erst von der Zeit an zu rechnen sei, zu welcher nach dem Tode desjenigen, der einen Stuhl bisher ausschliesslich für sich benutzte²⁾, der „Erbe“ den Stuhl in dieser Eigenschaft, d. h. als „erblichen“ okkupiert hat³⁾. Vielmehr wird auch sonst der Beweis möglich sein, dass die Stühle als „erbliche“ präskribiert worden seien.

„Bei dem an Häuser und Hofstellen gebundenen „Rechte ist nur translativ ersitzung zugleich mit dem „Hause denkbar“⁴⁾.

Endlich gilt auch dann der Gebrauch eines Kirchenstuhles als rechtmässig begründet, wenn er seit unvor-denklicher Zeit als Recht geübt wurde⁵⁾. Nur wird solche Übung bei „nicht erblichen“ Stühlen nicht geltend zu machen sein⁶⁾. Für Offizial-⁷⁾, Real-⁸⁾, Familien-

¹⁾ Böhmer, J. P. I. c. § 7.

²⁾ Wernher (l. c.) sagt: „welcher jene auf Lebenszeit von der Kirche gekauft hatte.“ Soll es denn aber unmöglich sein, dass dieser erste Besitzer selbst schon Präskribent war, und Succession in die Ersitzung bzw. Accession eintritt?

³⁾ Wernher, Princ. cap. X, § 19, S. 191.

⁴⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 346, Anm. 7.

⁵⁾ Ferraris, s. v. ecclesia Art. V, No. 14; Harpprecht, conss. XXII, No. 72; Seuffert, Bd. XXXVII, No. 132.

⁶⁾ Eine Ausnahme könnten hier die Stühle einer juristischen Person, insbesondere z. B. Universität, Zunft, machen.

⁷⁾ Vgl. Kretzschmar, S. 10.

⁸⁾ Seuffert, Bd. 37, No. 132, R.G. Bd. XXIV, S. 174 ff.

und Erbstühle lässt der Fall sich dagegen sehr wohl denken¹⁾).

V. Umfang der Berechtigung.

§ 16.

Auch für den Umfang der Berechtigung sind, abgesehen von den durch die kirchliche Ordnung bedingten Beschränkungen (s. o. § 9), zunächst in erster Linie die getroffenen Vereinbarungen in Betracht zu ziehen. Durch diese ist häufig statuiert, dass das Recht nur für die Hauptgottesdienste, nicht dagegen für die Abendgottesdienste u. s. w. zustehen solle. Auch das umgekehrte ist möglich, so dass es also der Kirche frei steht, zwei Gebrauchsrechte nebeneinander zu bestellen, das eine für den Früh-, das andere für den Abendgottesdienst, die sich sehr wohl als servitutähnliche Rechte denken lassen, da sie sich beide nicht ausschliessen, kaum aber bei der Auffassung als Superficies möglich wären²⁾. Häufig finden sich auch Bestimmungen, wonach der Stuhl, wenn er bis zu einem bestimmten Abschnitte des Gottesdienstes nicht besetzt ist, von da ab zur Verfügung der anderen Kirchenbesucher steht.

Fehlen solche Bestimmungen, so wird mit Hinschius³⁾ und auch für protestantische Kirchen⁴⁾ anzunehmen sein,

¹⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 347, Anm. 1.

²⁾ Am häufigsten freilich kommt solche Begründung zweier neben einander bestehender Gebrauchsrechte bei gemieteten Kirchenstühlen vor; in einzelnen Berliner Kirchen ist dies das Regelmässige. Ob sie bei Kirchstühlen, an denen dingliche Rechte bestehen, überhaupt vorgenommen wird, kann bezweifelt werden.

³⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 346, Abs. 1.

⁴⁾ Die Schriftsteller des protestantischen Kirchenrechts enthalten darüber nichts Näheres.

dass das Recht für alle Gottesdienste zusteht, die für die betreffende Gemeinde in der Kirche gehalten werden, nicht dagegen für ausserordentliche Gottesdienste oder besondere Feierlichkeiten (wie z. B. Trauungen, Konfirmationen, wenn die letzteren nicht, wie es normaler Weise geschieht, im Hauptgottesdienste stattfinden, u. s. w.), ebensowenig auch für Versammlungen, Konzerte u. dgl., die in der Kirche stattfinden.

Sind mehrere zur Ausübung des Rechtes Berechtigte vorhanden, so lassen sie am besten einen Wechsel in der Ausübung eintreten.

VI. Übertragung des Rechtes.

§ 17.

Hier ergeben sich wieder einmal grössere Verschiedenheiten zwischen dem katholischen und dem protestantischen Kirchenrechte.

A. Katholisches Kirchenrecht.¹⁾

Auch die Frage, ob das Recht übertragbar sei, ob nicht, beantwortet sich nach dem Inhalt der getroffenen Vereinbarungen in erster Linie. Ist nichts vereinbart, so glaubt Hinschius eine absolute Unübertragbarkeit nicht annehmen zu sollen, ausser wenn diese von selbst gegeben ist dadurch, dass das Recht einer bestimmten Familie oder einem Hause überlassen wurde.²⁾ Hinwiederum kann auch der Berechtigte, wenngleich sein Recht ein vermögenswertes ist, doch nicht frei darüber

¹⁾ Besonders Hinschius, Bd. IV, S. 345, Abs. 3.

²⁾ Vgl. Erlass des Fürstbischofs von Brixen. Arch. f. kath. K.R. Bd. VI, S. 465.

verfügen, um sich dadurch eine Einnahmequelle zu verschaffen; das würde nach Hinschius der Simonie sehr nahe kommen.

Das katholische Recht lässt irgendwelche Übertragung nur dann zu, wenn diese mit Genehmigung der kirchlichen Oberen geschieht¹⁾. Auch soll der Veräussernde nicht mehr erhalten, als er selbst aufgewendet hat.

Die Ausübung precario einem anderen zu übertragen, ist aber gestattet, soweit nicht das Gebrauchsrecht einer Person kraft ihrer amtlichen Stellung oder ihrer Würde zukommt. (Offizialstühle.)

Partikularrechtlich ist die Überlassung des Rechtes für nichtig erklärt, ja sogar mit Verlust des Rechtes bedroht²⁾.

B. Für das protestantische Kirchenrecht sind die Meinungen höchst vielfältig und für die verschiedenen „Arten“ der Kirchenstühle geteilt.

Was zunächst die Personal-Kirchenstühle anlangt, so kann hier der Berechtigte sein Recht nicht frei veräussern³⁾, weil dieses ihm ja doch nur auf Lebenszeit

¹⁾ Ferraris, s. v. ecclesia Art. V, No. 9; Hinschius, S. 345 No. 7.

²⁾ Archiv für kath. K.R., Bd. VI, S. 465; Erlass des Fürstbischofs von Brixen vom 2. August 1860: „Jede Übertragung.... (soll) nichtig sein und für denjenigen Inhaber eines Kirchenstuhles, der dieselbe sich anmassen würde, den Verlust seines Rechtes zur Folge haben.“

³⁾ Böhmer, J. P., s. V, c. II, § 5; Brunnemann, lib. II, cap. II, § 11; Gitzler, Bd. I, S. 414; Jacobson, E.K.R. S. 462, Köhler-Schilling, § 18; Spalteholz, § 6; Linck, c. IV, § 33 und 35; Carpzov, lib. II, tit. XXIII, deff. 362 und 363; Philippi, c. IV, § 6; Falckner-Schultz §§ 32—35; Wernher, obss. pars. VI, obs. 462; Leyser, spec. XXII, med. 4; Lange, S. 318.

zusteht. Verfügungen von Todeswegen oder unter Lebenden, welche bezwecken, eine Übertragung des Rechtes auch für die Zeit nach dem Tode des ursprünglich Berechtigten wirksam sein zu lassen, sind daher nichtig. Häufig ist auch von den protestantischen Kirchen-Ordnungen als Strafe für jede derartige Veräusserung der Verlust des Rechtes bestimmt¹⁾.

Bestritten ist, ob eine Veräusserung des Rechtes zu gestatten sei mit der Beschränkung, dass sie nur auf die Lebenszeit des ursprünglich Berechtigten wirke, so dass das Recht mit dem Tode desselben erlösche. Manche erlauben sie unter der Voraussetzung, dass die Kirche mitwirke²⁾, und ihr die üblichen „Lösegelder“ für das Recht gezahlt werden³⁾.

Nicht untersagt ist es dem Berechtigten dagegen, die Ausübung des Rechtes auf bestimmte Zeit, höchstens natürlich Lebenszeit, einem anderen zu überlassen. Hier setzen meist diejenigen ein, welche die Rechte an den Kirchenstühlen nach den Grundsätzen des *Ususfruct* beurteilen wollen, weil auch bei diesem gestattet ist *commoditatem alteri transferre*⁴⁾. Andere aber nehmen *Usus* an und leugnen darum auch die Möglichkeit, dass die Ausübung einem anderen überlassen werden könne⁵⁾.

¹⁾ Magdeburger Ordination bei Böhmer, J. P. l. c.

²⁾ Friedberg, S. 413, Anm. 12.

³⁾ Stryk zu Brunnemann l. c. Vgl. Carpzov lib. II, tit. XXIII, def. 362. A. M. Falckner-Schultz, c. IV, § 33 ff.

⁴⁾ Böhmer, J. P. l. c, § 6; Carpzov, lib. II, tit. XXIII, def. 362. Vgl. auch Jacobson E.K.R; S. 652; Leyser, spec. XXII, med. IV; Lange, S. 318; Jacobson bei Weiske, S. 148.

⁵⁾ Philippi, § 16, Falckner-Schultz, c. IV, § 33; Wernher, Princ. c. X, § 23.

Auch diese Auffassung ist in Kirchenordnungen übergegangen. Richtiger und dem Prinzip entsprechender erscheint es aber, die Überlassung der Ausübung des Rechtes an andere nicht zu untersagen.

Die Schriftsteller des protestantischen Kirchenrechts weisen darauf hin, dass das Recht an den Kirchenstühlen nicht als Erwerbsquelle dienen solle. Darum behaupten einige, der eventuell aus der Überlassung gezogene Gewinn müsse der Kirche abgeliefert werden¹⁾.

Für die Entscheidung der Frage, ob die Übertragung des Rechtes auf einen anderen erlaubt sei, ist auch von Wichtigkeit das sog. Vorkaufsrecht der nächsten Erben, das weiter unten²⁾ behandelt werden wird. Durch eine etwaige vollständige Veräußerung des Rechtes an einem Kirchenstuhle würde den „Vorkaufs-“Berechtigten das Vorkaufsrecht entzogen.

Für die sog. „erblichen“ Stühle dagegen gilt gleich wie nach katholischem Kirchenrechte folgendes: Eine Veräußerung des Rechtes, so dass es ausserhalb der Familie bliebe³⁾ oder dem Hause entzogen würde⁴⁾, ist naturgemäss nicht gestattet. Ebenso wenig darf das Recht an einem Officialstuhl auf andere übertragen werden. Auch die Ausübung anderen einzuräumen ist nicht erlaubt; so darf insbesondere die Mitbenutzung eines Amtstuhles⁵⁾ auch nicht einem Emeritierten u. s. w., selbst nicht unter Zustimmung aller derzeitigen Berechtigten,

¹⁾ Stryk zu Brunnemann lib. II, cap. II, § 11.

²⁾ Vgl. § 18, sub II.

³⁾ Spalteholz, § 11; Hellbach, II, 3, § 2 ff., S. 99.

⁴⁾ Böhmer, J. P. s. V, c. II, § 8.

⁵⁾ Carpzov, l. c. def. 372.

d. h. der früheren Kollegen des Emeritierten gestattet werden.

§ 18. VII. Erlöschen der Rechte.

Das Recht an einem Kirchenstuhle erlischt nach katholischem¹⁾ wie nach protestantischem Kirchenrechte:

I. Durch Ablauf der Zeit, für welche es bestellt ist;

II. durch Fortfall des Subjektes; demgemäss also geht 1. das Recht an einem Personalstuhle unter²⁾:

a) durch den Tod des Berechtigten³⁾; in Verbindung mit diesem Falle behandeln die protestantischen Schriftsteller nicht ungeschickt das Erlöschen

b) durch Wegzug des Berechtigten aus der Parochie⁴⁾, und

c) durch freiwilligen Verzicht seitens desselben.

Für den Wegzug aus der Parochie genügt nicht zeitweilige Abwesenheit, z. B. in Staatsdiensten, zu Studienzwecken, im Gesinde-Dienste u. s. w., vielmehr wird vollkommene Aufgabe des Domizils erfordert. Hierzu ist der *animus non revertendi* nötig⁵⁾, nicht aber, wie Spalteholz⁶⁾ meint, der *animus eo in loco, in quem concedit, perpetuo commorandi*. Oft genug wird die bestimmte Absicht vorliegen, in die Parochie, welche man

¹⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 347, Abs. 2 ff.

²⁾ Philippi, cap. V; Hellbach, 1. Absch., Kap. 8; Köhler-Schilling § 40.

³⁾ Carpzov, l. c. def. 364; Falckner-Schultz, §§ 32 und 40; Titius § 25; Linck § 33; Lange, Bd. I, S. 315.

⁴⁾ Titius, l. c. §§ 25 und 39; Linck, § 36.

⁵⁾ Carpzov, l. c., def. 364; Falckner-Schultz, § 40; Wernher, Princ. § 22, No. 4; Schröter, S. 343 ff.

⁶⁾ Spalteholz, § 7.

verlässt, nicht zurückzukehren, ohne dass gleichzeitig die Absicht besteht, an dem Orte, an welchen man sich fürs erste begiebt, dauernd sein Domizil aufzuschlagen. Verzieht dagegen der Parochian nur auf einige Zeit aus der Parochie, so kann ihm sein Recht auf die Zeit seiner Rückkehr vorbehalten werden. Naturgemäss kann aber, da der Berechtigte sein Recht in der Zwischenzeit ja doch nicht ausüben kann, der Stuhl für die Zeit seiner Abwesenheit zum Besten der Kirche einem anderen vermietet werden mit der Bestimmung, dass das Recht des ursprünglich Berechtigten mit dessen Rückkehr in die Parochie eo ipso wieder auflebe. Partikularrechtliche Abweichungen kommen vor¹⁾).

Ist das Recht nun erloschen, so kann die Kirche ein neues Gebrauchsrecht für einen andern bestellen. Doch bleibt der Kirche hierin nicht völlig freie Hand. Vielmehr haben die nächsten Erben des bisherigen Inhabers des Rechtes ein Vorzugsrecht, *ius praelationis* ²⁾), das häufig als *ius protimiseos* oder Vorkaufsrecht bezeichnet, auch Näherrecht, Einstandsrecht, Abtrieb genannt wird ³⁾). Und zwar steht dieses Recht den nächsten Verwandten zu, ohne Unterschied, ob sie Agnaten oder Kognaten sind, allein nach Gradesnähe. Nur kann selbstverständlich, sofern Männer- von Weiberstühlen unterschieden

¹⁾ Spalteholz, § 7; auch Köhler-Schilling §§ 42—44.

²⁾ Philippi, cap. IV, § 9.

³⁾ Philippi, cap. IV, §§ 7 sqq.; Carpzov, l. c., def. 365 ff.; Brunnemann, lib. II, cap. II, § 11; Falckner-Schultz, § 37; Böhmer, J. P. l. c., § 6, No. 3; Wernher, Princ., § 21 f.; Linck, § 34 f.; Wernher, obss. part. VI, obs. 462; Spalteholz, §§ 6 und 8; Lange, S. 315.

sind, ein Mann sein Vorzugsrecht nur auf einen Männerstuhl, eine Frau dagegen nur auf einen Weiberstuhl, also z. B. nur Söhne, nicht auch Töchter auf den Stuhl ihres Vaters geltend machen. Grundsätzlich steht zwar das Recht der direkten Linie nicht in höherem Grade zu als der kollateralen. Doch gilt für erstere das Repräsentationsrecht, so dass sie thatsächlich besser gestellt ist als die letztere.

Das Vorzugsrecht ist aber nicht unbeschränkt in der Ausübung, vielmehr ist es an eine Frist gebunden, innerhalb deren es ausgeübt werden muss, widrigenfalls es verloren geht. Diese Frist ist höchst verschieden bestimmt. Nach dem Vorbilde der Sächsischen General-Artikel vom 1. Januar 1580 ist sie meist auf 4 Wochen fixiert ¹⁾, doch finden sich auch sechs Wochen oder sechs Monate, ja selbst ein Jahr. Von wann ab diese Frist zu berechnen sei, könnte fraglich sein. Beim Tode des Berechtigten ist der Anfangstermin leicht festzustellen, und ist hier auch anzunehmen, dass die Vorzugsberechtigten von dem Ereignis Kunde erhalten. Anders dagegen beim Wegzuge aus der Parochie und bei freiwilligem Verzicht. Hier bestimmen darum die meisten Kirchen-Ordnungen, dass das Ereignis durch Anschlag an den Kirchthüren oder sonst auf geeignete Weise bekannt gemacht werde, damit es zur Kenntniss der Vorzugsrecht-Berechtigten gelange. Dann wird die Frist vom Tage der Bekanntmachung an berechnet; allgemein erfolgt die Berechnung utiliter, nicht continue ²⁾.

¹⁾ Philippi, cap. 6, § 39; Carpzov, l. c. def. 368; Spalteholz, § 6.

²⁾ Carpzov, l. c. def. 368.

Melden sich mehrere Parochianen, — denn nur solchen wird im allgemeinen das Vorzugsrecht gewährt, — die mit dem bisherigen Berechtigten in gleichem Grade verwandt sind, so entscheidet das Los unter ihnen. Hat der auf Grund seines Vorzugsrechtes sich Meldende schon ein Gebrauchsrecht an einem Kirchenstuhl, und will er trotzdem sein Vorzugsrecht geltend machen, so muss er vorher sein bisheriges Recht zu gunsten der Kirche aufgeben, oder, falls er sich mit mehreren anderen gleichen Grades gleichzeitig gemeldet hat, wird er mit diesen zum Losen zugelassen, doch in dem Falle, dass ihn das Los trifft, muss er dann sein Recht zu gunsten der übrigen mit ihm Berechtigten abtreten, die nun ihrerseits wieder losen.

Es fragt sich, wie dieses sicherlich eigentümlich gebildete Vorzugsrecht zu erklären sei.

Auch in diesem Falle dürfen und können die so verschiedenen für das Recht angewandten Bezeichnungen nicht als Grundlage unserer Entscheidung dienen.

Folgende Erwägung dürfte vielleicht eher zum Ziele führen.

Es scheinen schon kurz nach der Reformation in der protestantischen Kirche häufig Bestrebungen hervorgetreten zu sein, die durch die erste Begründung von Rechten an den Kirchenstühlen festgestellte Ordnung und Verteilung zu einer dauernden zu machen. Dieses konnte am besten dadurch geschehen, dass das an den Kirchenstühlen begründete Gebrauchsrecht des Einzelnen für die Familie vererblich wurde. Der Kirche andererseits lag daran, sich nicht durch Rechte von fast ewiger Dauer allzusehr einschränken zu lassen. So liess sie

sich denn zu dem Zugeständnis bereit finden, dass sie ihrerseits im Falle der Erledigung eines Stuhles die nächsten Erben des bisherigen Berechtigten bei Begründung eines neuen Gebrauchsrechtes in erster Linie berücksichtigen wolle. Darum in dem sechsunddreissigsten der kursächsischen General-Artikel vom Jahre 1580¹⁾ die scharfe Betonung: „So soll auch kein Stuhl noch Stand „einigen Mann oder Weibe erblich, sondern allein auf „des Besitzers Lebenlang zustehen oder vergönnet sein „und soll keiner Macht haben einigen Stand bei seinem „Leben andern zu verkaufen, sondern da er stirbt, soll „derselbe, es sei Mannes oder Weibes Stuhl der Kirche „anheimgefallen sein,“ und dann der Befehl an die Kirche: „Die (Kirche soll) ihn um ein leidlich Geld des „Verstorbenen nächsten Erben für allen andern gönnen.“ Auf einem ähnlichen Gedanken beruht es wohl, wenn Wernher²⁾ von den nächsten Verwandten und Intestaterben des letzten Besitzers sagt: „In communibus sub- „selliis iure protimiseos gaudent, seu aliis praeferuntur.“ Recht und Thatsache in wunderbarem Vereine! Ein klarer Beweis, dass den Juristen die Konstruktion des von ihnen angenommenen „Vorzugsrechtes“ schwer genug gefallen ist! Darum denn die Fülle der verschiedenartigsten Namen für das „Recht“, die natürlich dann wiederum in die ihrerseits recht mannigfaltigen und bunten Kirchstuhlordnungen übergegangen sind.

Als ein Näherrecht in dem Sinne, wie es das deutsche Recht versteht, so dass ihm also eine dingliche Wirkung

¹⁾ Philippi, cap. I, § 13.

²⁾ Wernher, Princ. c. X, § 21.

zukäme, dürfte das Vorzugsrecht der nächsten Erben kaum zu betrachten sein. Titius ¹⁾ steht auch mit seiner Meinung, dass dem Vorzugsberechtigten eventuell die *actio revocatoria* zustehe, allein da.

Ebenso ist die Möglichkeit, das fragliche Recht als ein Vorkaufsrecht nach den Grundsätzen des gemeinen Rechtes zu erklären, ausgeschlossen.

Wir haben es hier vielmehr mit einer eigenartigen Bildung des protestantischen Kirchenrechts zu thun; die katholische Kirche hat es verstanden, auch diese Beschränkung ihrer freien Verfügung sich fern zu halten ²⁾. Auch die Vorschrift der Berücksichtigung der nächsten Erben vor anderen Parochianen beruhte wohl ursprünglich auf nichts anderem als auf einer Anweisung an die Organe der Kirche, „deren Nichtbefolgung niemals einen „privatrechtlichen Anspruch gegen die Kirche verleihen „konnte.“ Späterhin freilich ist die Thatsache der Bevorzugung in ein Recht übergegangen, und es qualifiziert sich das Vorzugsrecht als ein privatrechtliches Forderungsrecht gegen den Eigentümer der Kirchenstühle darauf, dass er, falls er überhaupt von neuem ein Recht auf den ausschliesslichen Gebrauch eines erledigten Stuhles einräumen will, hierfür in erster Linie die nächsten Erben des bisherigen Berechtigten in Betracht ziehe.

Wappäus ³⁾ will gerade von diesem Vorzugsrechte nichts wissen und hält es für einen Irrtum der älteren Theorie (als deren Vertreter er die Abhandlung von

¹⁾ Titius, l. c., § 40.

²⁾ Bei keinem der Schriftsteller des katholischen Kirchenrechts geschieht des Vorzugsrechtes Erwähnung.

³⁾ Wappäus, S. 70.

Köhler-Schilling anführt, welche zu seiner Zeit die neueste war), bei dem man sich nicht lange aufzuhalten brauche. Er meint, es handle sich um eine — wahre! — Erblichkeit.

Aber abgesehen davon, dass in den Werken der (wirklich) älteren Schriftsteller mehr denn einmal hervorgehoben wird, dass es sich nicht um ein „Erbrecht“ in dem umfassenderen Sinne, wie sie den Ausdruck gebrauchen, sondern eben um ein Vorzugsrecht handle, ergiebt auch eine einfache Betrachtung, dass es sich bei diesem Vorzugsrechte und wahrem Erbrechte um zwei ganz verschiedene Dinge handelt. Das Vorzugsrecht wirkt nur, wenn die Kirche das Gebrauchsrecht von neuem einräumen will; hat sie dagegen die Absicht, den betreffenden Stuhl von nun an dem allgemeinen Gebrauche wieder offen zu halten, so besteht für die nächsten Erben des letzten Berechtigten gar kein Vorzugsrecht, auch nicht etwa eine Forderung auf Schadens-Ersatz gegen die Kirche; denn ihnen steht noch kein Recht auf den Gebrauch des Kirchenstuhles zu. Anders dagegen bei einem Erbrecht, wie Wappäus es will, bei welchem den Erben alle Rechte des Erblassers, soweit sie vererblich sind, unmittelbar mit dem Erbschaftserwerbe zufallen. Und was ist das für ein Erbrecht, das wirksam wird, wenn der bisherige Berechtigte auf sein Recht freiwillig Verzicht leistet? Bedeutet doch Erbrecht sonst das Recht der Succession von Todes wegen. Auch ist sicher nicht anzunehmen, dass Wappäus die Erblichkeit in dem Sinne habe anwenden wollen, in welchem die von ihm so lebhaft bekämpfte ältere Theorie von Erblichkeit fälschlicher Weise redet.

Abgeleiteter Erwerb liegt hier überhaupt nicht vor. Es handelt sich um ein vollständig neues Recht, auf dessen Begründung ein besonders privilegierter Anspruch einem gewissen Personenkreise der Kirche gegenüber zusteht. Das einfache Prinzip der Erblichkeit, das Wappäus sich aufzustellen bemüht, dürfte kaum geeignet sein, die durch ein Aufgeben des richtig verstandenen „Vorzugsrechtes“ entstehende Lücke auszufüllen.

2. Bei den sog. „erblichen“ Stühlen erlischt das Recht nicht durch den Tod u. s. w. des jeweiligen Inhabers, vielmehr geht es nach den verschiedenen Grundsätzen, die bei den einzelnen Arten zur Anwendung kommen, auf irgendwelche successores über. Das Officialstuhlrecht kann daher nur durch gänzliche Aufhebung des betreffenden Amtes, das Familienstuhlrecht bei gänzlichem Aussterben der Familie, das Erbstuhlrecht durch Tod des letzten Berechtigten ohne Hinterlassung von Erben und das Realstuhlrecht durch vollkommenen Untergang des berechtigten Grundstückes, bzw. Hauses, falls kein neues erbaut wird, untergehen. Diese Fälle werden aber so selten eintreten, dass die Kirche in der That durch solche Rechte ausserordentlich beschränkt wird und demgemäss auch bei deren Begründung berechtigter Weise ein genügendes Äquivalent zu fordern pflegt.

3. Grosse Zweifel haben aber stets darüber bestanden, ob auch durch Veränderungen in dem Kirchengebäude oder dessen vollkommenen Untergang ein Erlöschen der Rechte herbeigeführt werde.

Da die Rechte an den Kirchenstühlen nun in der Mehrzahl aller Fälle servitutenähnliche Rechte sein werden, so unterliegt es keinem Zweifel, dass, falls eine Kirche

niedergebrannt oder eingestürzt und dann an ihrer Stelle eine neue Kirche erbaut worden ist, die Rechte an den in der alten Kirche befindlichen Stühlen mit deren Untergang als erloschen zu betrachten sind ¹⁾). Auch wird man nicht gut behaupten können, dass sie an dem Grund und Boden des Kirchengebäudes haften.

Ebenso erlöschen die Rechte, falls durch die dafür zuständigen kirchlichen Oberen angeordnet wird, dass eine Kirche abgerissen und eine neue erbaut werde, dass bestimmte Stuhlreihen entfernt werden u. dgl., gleichgültig, ob diese Anordnungen durch die Notwendigkeit herbeigeführt sind (z. B. Baufälligkeit der Kirche oder des Gestühles), oder ob allein der Zweck der Beseitigung vorhandener Verunstaltungen oder unzweckmässiger Anordnungen und ähnliche Rücksichten massgebend gewesen sind. In allen diesen Fällen kann aber trotz solcher Anordnungen, so führt Hinschius ²⁾ aus, die Fortgewährung des Rechtes in einer analogen Weise möglich bleiben; dann fällt insoweit für die Kirche die übernommene Pflicht und zwar auch selbst bei unentgeltlicher Einräumung nicht fort. Nur ist Haftbarkeit für die Nichterfüllung derselben ausgeschlossen. Da aber eine Unmöglichkeit der Erfüllung nicht vorliegt, so sind die kirchlichen Organe verbunden, den bisherigen Berechtigten, deren Recht andernfalls auf die früheren Sitze unberührt geblieben wäre, in der neuen Kirche entsprechende neue Kirchenstellen anzuweisen.

Auf Erfüllung dieses Anspruches kann aber der Berechtigte im Rechtswege nicht klagen, sondern allein

¹⁾ Philippi, cap. V, § 3.

²⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 348, Abs. 4 f.

auf Entschädigung¹⁾. Natürlich kann sich durch Einräumung einer gleichen Anzahl von Sitzen gleicher Beschaffenheit der beklagte Kircheneigentümer der Entschädigungsforderung entziehen²⁾.

IV. Bestritten ist es endlich, ob die Rechte an den Kirchenstühlen auch durch Nichtgebrauch untergehen. Carpzov³⁾ bejaht die Frage unter Hinweis auf die Analogie der Realservituten, und auch Hellbach⁴⁾ lässt die Rechte durch Verjährung erlöschen, wenn der Berechtigte den Kirchenstuhl dreissig Jahre lang nicht betritt. Doch dürfte auch für das protestantische Kirchenrecht die Meinung von Hinschius⁵⁾ vorzuziehen sein, wonach Nichtausübung des Rechtes seitens des Berechtigten nicht genügt, vielmehr *usucapio libertatis* seitens der Kirche, gleichwie beim Patronat, hinzukommen muss.

VIII. Schutz der Rechte an den Kirchenstühlen.

§. 19.

I. Die Grundsätze des Schutzes der Servitutenrechte sind hier analog zur Anwendung zu bringen; denn den Kirchenstuhl-Berechtigten steht ein dingliches servitutenähnliches Recht zu, das sie demgemäss mit der *actio confessoria*⁶⁾ geltend machen, wogegen der Eigentümer der Kirchenstühle einer Anmassung derartiger Gebrauchs-

¹⁾ R.G. Bd. XVI, S. 163; Bd. XXIV, S. 175 ff.

²⁾ R.G. Bd. XXIV, l. c.

³⁾ Carpzov, l. c. def. 364.

⁴⁾ Hellbach, S. 38, No. 4.

⁵⁾ Hinschius, Bd. IV, S. 347, Abs. 1.

⁶⁾ Wernher, Princ c. X, § 14; Richter-Dove, S. 1345, Anm 6.

rechte an einem Kirchenstuhle gegenüber sich der actio negatoria bedienen kann.

II. Auch der Besitz des Gebrauchsrechtes wird geschützt durch die possessorischen Rechtsmittel¹⁾, insbesondere das *possessorium ordinarium*, sowie die Spolienklage (*condictio ex canone Redintegranda*)²⁾. Als Störung im Besitz gelten aber nicht Anordnungen der Kirchen-Oberen, die im allgemeinen Interesse erfolgen³⁾, wenn auch durch diese die Ausübung des Rechtes zeitweise unmöglich gemacht⁴⁾ oder dieses sonst modifiziert wird⁵⁾, insbesondere nicht Anordnungen, die eine andere Verteilung der Kirchenstühle bezwecken u. s. w. Aus derartigen Anordnungen etwa entspringende Ansprüche sind allein im Wege der Beschwerde bei den vorgesetzten kirchlichen Oberen zu verfolgen.

III. Demgemäss, dass das Recht ein Privatrecht ist, und soweit dieses Privatrecht in Frage steht, können heute die Civilgerichte angegangen werden⁶⁾, wenn auch früher allgemein nach katholischem Rechte⁷⁾ wie nach protestantischem⁸⁾ die geistliche Gerichtsbarkeit für kompetent galt. Hält daran auch heute das katholische

¹⁾ Wernher, Princ. l. c., R.G. Bd. XVI, S. 160; Richter-Dove, l. c.; Seuffert, Bd. XI, No. 272.

²⁾ Wernher, obss. pars. III., obs. 119, No. 4; Seuffert, Bd. VI, No. 240.

³⁾ Seuffert, Bd. XXXII, No. 332.

⁴⁾ R.G. Bd. XXIV, S. 176.

⁵⁾ Vgl. Mejer, § 161, S. 415, Anm. 11.

⁶⁾ R.G. Bd. 7, S. 137.

⁷⁾ Schulte, Lb., 3. Aufl., S. 586.

⁸⁾ Spangenberg, Bd. I, S. 401.

Kirchenrecht noch fest¹⁾), so ist die entgegengesetzte Anschauung doch allgemein in Deutschland zur Annahme gelangt²⁾), und haben in der That die Civilgerichte bereits häufig zu entscheiden gehabt³⁾).

IV. „Kein gerichtlicher Schutz jedoch“, wie zum Schluss noch einmal nach Delius⁴⁾ betont werden soll, „ist dem Berechtigten gegeben gegenüber Anordnungen „der Kirchenbehörde, welche im Interesse des Kultus „und der kirchlichen Ordnung erlassen werden. Derartige „kirchenpolizeiliche Verfügungen können nur im Verwaltungsweg angefochten werden, sie unterliegen nicht „der richterlichen Kognition“.

Schluss.

§ 20.

Die Rechte an den Kirchenstühlen haben von jeher ein heiss umstrittenes Gebiet gebildet.

Zur Vermehrung der streitigen Fragen hat nicht zum geringsten Teile beigetragen, dass hinsichtlich der Rechte an den Kirchenstühlen dem Herkommen und den Lokalverfassungen wie nach dem protestantischen, so auch nach katholischem Kirchenrechte eine grosse Macht gebührt. Dadurch findet sich eine Fülle von häufig von einander abweichenden, bisweilen diametral entgegengesetzten partikularrechtlichen Einzelbestimmungen.

¹⁾ Schulte, Lb., I. c.

²⁾ Müller, Bd. III, s. v. „Kirchenstühle“, S. 386.

³⁾ Vgl. Hinschius, Bd. IV, S. 349, Anm. 2 ff.

⁴⁾ Delius, S. 686, Abs. 1.

Eine Darstellung, welche dem Vorwurfe der Weit-
schweifigkeit entgehen möchte, wird somit auf die Wieder-
gabe vieler, ob auch gleich wichtiger Einzelheiten ver-
zichten müssen.

Die Meinungen der Schriftsteller über die Rechte
an den Kirchenstühlen sind aber auch deswegen so
schwankend, weil bezüglich dieser Rechte die Interessen
der Kirche und die der einzelnen Kirchenglieder häufig
in Konflikt geraten. Je nachdem man nun die Rechte
vom Standpunkte der Kirche oder dem des Berechtigten
betrachtet, ergeben sich vielfach auch für die juristische
Beurteilung ganz verschiedene Gesichtspunkte.

Durch zweckmässige gesetzliche Bestimmungen die
in solchen Interessen-Streitigkeiten liegenden Gefahren
möglichst zu vermeiden und beiden Interessen in gleichem
Masse gerecht zu werden, das ist eine Aufgabe, die bis
jetzt noch nicht gelöst wurde, deren Lösung vielmehr
der Zukunft noch vorbehalten bleibt.

Litteratur.

I. Monographien über das Thema.

- Hellbach. Joh. Chr.: Grundsätze von den Rechten der Kirchenstellen und Kirchstühle. Erfurt 1804.
- Köhler: Abhandlung von Kirchenstühlen und deren Rechten. Neue Ausgabe von Schilling. Leipzig 1830. (Köhler-Schilling.)
- Kretzschmar: Kirchenstuhlrecht. Lübben 1809.
- Philippi: Dissertatio de subselliis templorum, autore Seyffert. Halae 1711. (Philippi, auch Philippi-Seyffert.)
- Spalteholz, Joannes Gotthold, Autor, Chr. G. Hommelio Praeside: disputatio iuris ecclesiastici de subselliorum ecclesiasticorum commercio. Vitembergae 1769. (Spalteholz, auch Hommel-Spalteholz.)

II. Lehrbücher des Kirchenrechts.

- G. L. Böhmer: Principia iuris canonici etc. ed. VI. Gottingae 1791.
- J. H. Böhmer: Ius ecclesiasticum Protestantium etc. Halae Magdeburgensis 1738. ed. IV. (J. H. Böhmer. J. E. P.)
- J. H. Böhmer: Ius Parochiale. ed. II. Halae 1716. (J. H. Böhmer: J. P.)
- Brunnemann: Ius ecclesiasticum Tractatus adauctus a Samuel Strykio. Francofurti ad Viadrum 1681.
- Büff: Kurhessisches Kirchenrecht. (Bearbeitung von Ledderhoses Werk.) Kassel 1861.
- Carpzov: Iurisprudentia consistorialis. Hanoviae 1652.
- Eichhorn: Grundsätze des Kirchenrechts der evangelischen und katholischen Religionspartei in Deutschland. Göttingen 1831/33.
- Friedberg: Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechtes. Leipzig 1884. 2. Aufl.

- Geigel: Das französische und reichsländische Staatskirchenrecht
Strassburg 1884.
- Gitzler: Handbuch des gem. und preuss. Kirchenrechts der
Katholiken und Evangelischen. Breslau 1841.
- Helfert: Handbuch des Kirchenrechts aus gemeinen und öster-
reichischen Quellen zusammengestellt. 3. Aufl. Prag 1846.
(Helfert: K.R.)
- Hinschius: Das Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten
Bd. III. u. IV. Berlin 1885/8.
- Jacobson: Das evangelische Kirchenrecht des preussischen
Staates und seiner Provinzen. Halle 1864/6. (Jacobson: E.K.R.)
- Lange: Geistliches Recht der Evangelisch-Lutherischen in Deutsch-
land. Culmbach 1786.
- Meier: Das preussische gemeine und provinzielle Kirchenrecht.
Berlin 1868.
- Mejer: Lehrbuch des deutschen Kirchenrechts. 3. Aufl. Göt-
tingen 1869.
- Reiffenstuel: Ius canonicum universum. München 1702—1710.
- Richter-Dove: Lehrbuch des kath. und evang. Kirchenrechts.
Leipzig 1886. 8. Aufl.
- Schlegel: Churhannöversches Kirchenrecht. 4. Teil. Hannover 1804.
- von Schulte: Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts. 3. Aufl.
Giessen 1873. (Schulte K.R.)
- von Schulte: System des allgemeinen katholischen Kirchenrechts.
Giessen 1856. (Schulte: System.)
- Titius: Probe des deutschen geistlichen Rechts. 2. Aufl. Leipzig 1709.
- Trusen: Das preuss. Kirchenrecht im Bezirke der evang. Landes-
kirche. Berlin & Leipzig 1883.
- von Weber: Sächsisches Kirchenrecht. 2. Aufl. Leipzig 1843—1845.
- Wernher: Principia iuris ecclesiastici Protestantium. Witten-
berg 1728. (Wernher Princ.)
- Zorn: Lehrbuch des Kirchenrechts. Stuttgart 1888.

III. Dogmatische Einzelschriften und sonstige Werke.

- Beseler: System des gemeinen deutschen Privatrechts. Berlin 1885.
- Dernburg: Pandekten. 2. Aufl. Berlin 1888/9. (Dernburg:
Pand.)
- Dernburg: Preussisches Privatrecht. Bd. I. 4. Aufl. Bd. III.
3. Aufl. Halle 1884. (Dernburg: Preuss. Priv.R.)

- Falckner: Praeside Dn. Petro Schultzen: de eo, quod iustum circa parochias. Disputatio pro licentia. Frankfurt a/O. 1697.
(Falckner-Schultz.)
- Förster-Eccius: Theorie und Praxis des heutigen gem. preuss. Privatrechts. Berlin 1887. 5. Aufl.
- Frantz: Evangelische Kirchenverfassung in den deutschen Städten des 16. Jahrhunderts. Leipzig 1878.
- Gierke: Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung. Berlin 1887.
- Glück: Ausführliche Erläuterung der Pandekten. 2. Aufl. 2. Teil. Erlangen 1800.
- Helfert: Von dem Kirchenvermögen. Bd. I. 3. Aufl. Prag 1834.
(Helfert: K. Verm.)
- Homeyer: Haus- und Hofmarken. 2. Abdruck. Berlin 1890.
- Koch: Preussisches Erbrecht. Berlin 1866.
- Leyser: Meditationes ad Pandectas. Halae 1772.
- Linck: De iuribus templorum. Jenae et Lipsiae 1731.
- Meurer: Begriff und Eigentümer der heiligen Sachen. Düsseldorf 1885.
- Mevius: Commentarius in ius Lubecense. Lipsiae 1642.
- Rüttimann: Kirche und Staat in Nordamerika. 1871.
- von Schulte: Geschichte der Quellen und Litteratur des Kanonischen Rechts. Stuttgart 1875/80. (Schulte: Gesch.)
- Silbernagl: Verfassung und Verwaltung sämtlicher Religionsgenossenschaften in Bayern. 2. Aufl. Regensburg 1883.
- Wappäus: Zur Lehre von den dem Rechtsverkehr entzogenen Sachen. Göttingen 1867.

IV. Sammelwerke.

- Acta et decreta sacrorum conciliorum recentiorum Collectio Lacensis. Freiburg im Breisgau 1877 ff. (Coll. Lac.)
- Altmann: Praxis der preuss. Gerichte in Kirchen- etc. Sachen. Leipzig 1861.
- Archiv für katholisches Kirchenrecht, herausgegeben von Vering. (Arch. f. kath. K.R.)
- Ferraris: Prompta bibliotheca canonica etc. Frankfurt 1782.
- Gardellini: Decreta authentica congregationis sacrorum rituum, ed III. Romae 1856/8.

- Grimm: Deutsches Wörterbuch. Bd. VI. Leipzig 1885.
- Harpprecht: Consultationes Criminales et Civiles. Volumen novum. Tubingae 1710.
- Mansi: Collectio conciliorum nova et amplissima.
- Matthiae: Kontroversen - Lexikon des römischen Civilrechts. Leipzig 1856, 1859, 1864.
- Müller: Lexikon des Kirchenrechts. Würzburg 1830.
- Entscheidungen des Königlichen Ober-Tribunals. Berlin.
(Ob. Trib.)
- Pignatelli: Consultationes Canonicae. ed. ult. Lugduni 1700.
- Pufendorf: Observationes iuris universi. ed. alt. Celle 1757.
- Rassow & Küntzel: Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts. 34. Jahrgang. Berlin 1890, enthaltend Aufsatz von Delius. (Delius.)
- Entscheidungen des Reichs-Gerichts in Civilsachen. (R.G.)
- Schröter: Vermischte juristische Abhandlungen. Halle 1785/6.
- Seuffert: Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte. München.
- Spangenberg: Praktische Erörterungen, Bd. I, Hannover 1831.
- Striethorst: Archiv für Rechtsfälle des Königl. Ober-Tribunals. Berlin.
- Weiske: Rechtslexikon, Bd. 6, Leipzig 1845.
- Wernher: Selectae observationes forenses. ed. novissima. Jena und Leipzig 1756. (Wernher: obs.)
- Zeitschrift für Kirchenrecht, herausgegeben von Dove und Friedberg u. a.

In vorstehender Arbeit sind die einzelnen Werke nur mit dem Namen der Verfasser bzw. Herausgeber bezeichnet. Abweichungen hiervon sind in obiger Zusammenstellung hinter jedem Werke in Klammern gesperrt angegeben, z. B. (Delius).



Meidinger, Karl,

Über die Rechte an Kirchenstühlen nach katholischem und protestantischem
Kirchenrechte

1891

J.can.p. 642 k

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11632601-3